

Amtsblatt

der Europäischen Union

C 146

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

51. Jahrgang

12. Juni 2008

| <u>Informationsnummer</u> | Inhalt | Seite |
|---------------------------|--|-------|
| | IV <i>Informationen</i> | |
| | INFORMATIONEN DER ORGANE UND EINRICHTUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION | |
| | Kommission | |
| 2008/C 146/01 | Euro-Wechselkurs | 1 |
| | DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM BETREFFENDE INFORMATIONEN | |
| | EFTA-Überwachungsbehörde | |
| 2008/C 146/02 | Aufforderung zur Abgabe von Stellungnahmen gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Überwachungsbehörde- und Gerichtshofabkommen bezüglich der Befreiung von der norwegischen CO ₂ -Steuer auf Erdgas und LPG bei der Verwendung von Gas für andere Zwecke als zur Beheizung von Gebäuden | 2 |
| 2008/C 146/03 | Arzneimittel — Liste der Zulassungen in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 in den dem EWR angehörenden EFTA-Staaten | 13 |
| | V <i>Bekanntmachungen</i> | |
| | VERWALTUNGSVERFAHREN | |
| | Kommission | |
| 2008/C 146/04 | Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — E-Beteiligung 2008/1 | 24 |
| 2008/C 146/05 | Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen — ENT/ERA/08/311 — Erasmus: junge Unternehmer | 26 |

DE

VERFAHREN ZUR DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK

Kommission

| | | |
|---------------|---|----|
| 2008/C 146/06 | Bekanntmachung über die Einleitung einer teilweisen Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren bestimmter Magnesia-Steine mit Ursprung in der Volksrepublik China | 27 |
| 2008/C 146/07 | Bekanntmachung über die Einleitung einer teilweisen Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren bestimmter Magnesia-Steine mit Ursprung in der Volksrepublik China | 30 |
| 2008/C 146/08 | Bekanntmachung des bevorstehenden Außerkrafttretens bestimmter Antidumpingmaßnahmen | 33 |

VERFAHREN ZUR DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Kommission

| | | |
|---------------|--|----|
| 2008/C 146/09 | Bekanntmachung gemäß Artikel 27 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates in den Sachen COMP/B-1/39.388 — Deutscher Stromgroßhandelsmarkt und COMP/B-1/39.389 — Deutscher Regelenergiemarkt ⁽¹⁾ | 34 |
|---------------|--|----|

Berichtigungen

| | | |
|---------------|---|----|
| 2008/C 146/10 | Berichtigung der Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden (Abl. C 143 vom 10.6.2008) | 36 |
|---------------|---|----|

Hinweis



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE UND EINRICHTUNGEN
DER EUROPÄISCHEN UNION

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

11. Juni 2008

(2008/C 146/01)

1 Euro =

| Währung | Kurs | Währung | Kurs | | |
|---------|--------------------|---------|------|----------------------------|-----------|
| USD | US-Dollar | 1,5515 | TRY | Türkische Lira | 1,9464 |
| JPY | Japanischer Yen | 166,37 | AUD | Australischer Dollar | 1,6376 |
| DKK | Dänische Krone | 7,4591 | CAD | Kanadischer Dollar | 1,5777 |
| GBP | Pfund Sterling | 0,79145 | HKD | Hongkong-Dollar | 12,1169 |
| SEK | Schwedische Krone | 9,3571 | NZD | Neuseeländischer Dollar | 2,0518 |
| CHF | Schweizer Franken | 1,6117 | SGD | Singapur-Dollar | 2,1297 |
| ISK | Isländische Krone | 120,50 | KRW | Südkoreanischer Won | 1 598,43 |
| NOK | Norwegische Krone | 7,9900 | ZAR | Südafrikanischer Rand | 12,3864 |
| BGN | Bulgarischer Lew | 1,9558 | CNY | Chinesischer Renminbi Yuan | 10,7339 |
| CZK | Tschechische Krone | 24,400 | HRK | Kroatische Kuna | 7,2492 |
| EEK | Estnische Krone | 15,6466 | IDR | Indonesische Rupiah | 14 436,71 |
| HUF | Ungarischer Forint | 247,01 | MYR | Malaysischer Ringgit | 5,0765 |
| LTL | Litauischer Litas | 3,4528 | PHP | Philippinischer Peso | 68,941 |
| LVL | Lettischer Lat | 0,7022 | RUB | Russischer Rubel | 36,7412 |
| PLN | Polnischer Zloty | 3,3740 | THB | Thailändischer Baht | 51,359 |
| RON | Rumänischer Leu | 3,6636 | BRL | Brasilianischer Real | 2,5435 |
| SKK | Slowakische Krone | 30,305 | MXN | Mexikanischer Peso | 16,1581 |

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM BETREFFENDE INFORMATIONEN

EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE

Aufforderung zur Abgabe von Stellungnahmen gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Überwachungsbehörde- und Gerichtshofabkommen bezüglich der Befreiung von der norwegischen CO₂-Steuer auf Erdgas und LPG bei der Verwendung von Gas für andere Zwecke als zur Beheizung von Gebäuden

(2008/C 146/02)

Mit Beschluss Nr. 597/07/KOL vom 23. November 2007, der nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung wiedergegeben wird, hat die EFTA-Überwachungsbehörde ein Verfahren nach Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofes (Überwachungsbehörde- und Gerichtshofabkommen) eingeleitet. Die norwegischen Behörden wurden durch Übersendung einer Kopie von dem Beschluss unterrichtet.

Die EFTA-Überwachungsbehörde fordert hiermit die EFTA-Staaten, die EU-Mitgliedstaaten und alle Interessierten auf, ihre Bemerkungen zu der fraglichen Maßnahme innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an folgende Anschrift zu richten:

EFTA-Überwachungsbehörde
Registratur
Rue Belliard 35
B-1040 Brüssel

Die Bemerkungen werden den norwegischen Behörden übermittelt. Der Stellungnehmende kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

VERFAHREN

Mit Schreiben vom 9. März 2007 meldeten die norwegischen Behörden bei der Überwachungsbehörde eine geplante Änderung der CO₂-Steuer auf Mineralölzeugnisse gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 3 des Protokolls 3 zum Überwachungsbehörde- und Gerichtshofabkommen an. Die norwegischen Behörden beabsichtigten, die CO₂-Steuer dahingehend zu ändern, dass Erdgas und Flüssiggas (nachstehend LPG), auf die derzeit keine CO₂-Steuer erhoben wird, besteuert werden.

Nach einem Schriftwechsel mit den norwegischen Behörden beschloss die Überwachungsbehörde, ein förmliches Prüfverfahren bezüglich der Befreiung von der Steuer bei der Verwendung von Gas für andere Zwecke als zur Beheizung von Gebäuden einzuleiten.

WÜRDIGUNG DER MASSNAHME

In Norwegen wird derzeit eine CO₂-Steuer nur auf Mineralöl und Benzin erhoben. Im Haushaltsentwurf für 2007 schlug die norwegische Regierung vor, eine CO₂-Steuer auf Erdgas und LPG einzuführen. Dieser Vorschlag wurde vom Parlament angenommen und durch St.prp. nr. 69 (2006-2007) weiter geändert.

Die neue Regelung führt eine Befreiung für Gas ein, das für alle anderen Zwecke als zur Beheizung von Häusern und Geschäftsgebäuden verwendet wird, einschließlich der Treibhauskultur. Durch die Maßnahme soll verhindert werden, dass Gas zu Heizzwecken umweltfreundlicheren Alternativen wie namentlich der Biomasse vorgezogen wird.

Die norwegischen Behörden erklären, dass 94 % des Verbrauchs von Erdgas auf andere Zwecke als die Beheizung von Gebäuden entfallen. Erdgas wird in Norwegen überwiegend für industrielle Zwecke eingesetzt, von denen der größte Teil auf das verarbeitende Gewerbe entfällt. Nach Angaben der norwegischen Behörden wird in der Praxis nur eine sehr begrenzte Steuer auf die Beheizung von Gebäuden eingeführt. Aus dem einzelstaatlichen Recht betreffend technischen Gründen wurde die CO₂-Steuer auf Erdgas und LPG offiziell als allgemeine Steuer eingeführt.

Nach der vorläufigen Einschätzung der Überwachungsbehörde anhand der von den norwegischen Behörden vorgelegten Informationen kann die Überwachungsbehörde nicht ausschließen, dass die Befreiung von der CO₂-Steuer auf Erdgas eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens darstellt.

Nach Ansicht der norwegischen Behörden ist die Begrenzung der Steuer auf den Zweck der Beheizung von Gebäuden eine allgemeine Maßnahme, die allen Unternehmen und Wirtschaftszweigen offen steht. Nach vorläufiger Einschätzung der Überwachungsbehörde kann die Maßnahme jedoch *de facto* bestimmte Unternehmen bevorzugen. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die CO₂-Steuer von den Wirtschaftszweigen, die nicht produzieren, ihre Arbeit aber überwiegend in Gebäuden ausführen, wie insbesondere das Dienstleistungsgewerbe, auf den gesamten Gasverbrauch entrichtet wird. Unternehmen, die Erdgas im Produktionsprozess verwenden, werden für das Gas, das für andere Zwecke als die Gebäudeheizung verwendet wird, nicht der Besteuerung unterliegen. Die Überwachungsbehörde ist vorläufig der Ansicht, dass zunächst davon auszugehen ist, dass Erdgas unabhängig von seiner Verwendung nach norwegischem Recht besteuert wird. Die Überwachungsbehörde ist ferner nicht der Auffassung, dass die Bezugnahme auf eine bestimmte Verwendung statt auf bestimmte Wirtschaftszweige die Befreiung automatisch zu einer allgemeinen Maßnahme macht, und findet diese Ansicht in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs bestätigt, in der Maßnahmen, die im wesentlichen eine Gruppe von Unternehmen begünstigen, auch wenn sie formal für alle Unternehmen offen stehen, als selektiv angesehen wurden. Die Überwachungsbehörde wird jedoch im Rahmen des förmlichen Prüfverfahrens berücksichtigen, dass die Leitlinien der Überwachungsbehörde für die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen auf die direkte Unternehmensbesteuerung vorsehen, dass die Tatsache, dass eine Maßnahme bestimmte Unternehmen stärker begünstigt als andere, nicht notwendigerweise bedeutet, dass ein selektiver Vorteil gewährt wird. In diesem Zusammenhang berücksichtigt die Überwachungsbehörde eine Entscheidung der Europäischen Kommission bezüglich einer dänischen Steuerregelung (N 416/99), nach der die Besteuerung des haushaltsähnlichen Verbrauchs für Unternehmen nicht als staatliche Beihilfe angesehen wurde, auch wenn die Steuer überwiegend vom Dienstleistungsgewerbe gezahlt wurde.

Nach Ansicht der Überwachungsbehörde steht die Logik der Steuerbefreiung für andere Zwecke als zur Beheizung nicht in Einklang mit den Zielen der CO₂-Besteuerung in Norwegen. Die Überwachungsbehörde ist nicht der Auffassung, dass der Zweck der Senkung des CO₂-Ausstoßes, die Ermutigung zur Umstellung auf Biomasse oder die Besteuerung des haushaltsbezogenen Verbrauchs angemessene Gründe für die Unterscheidung zwischen Wirtschaftszweigen sind.

Die Überwachungsbehörde bezweifelt, dass diese Maßnahmen als in Einklang mit Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe c des EWR-Abkommens in Verbindung mit den Vorschriften im Kapitel über Umweltschutzbeihilfen der Leitlinien der Überwachungsbehörde für staatliche Beihilfen angesehen werden können. Im vorliegenden Fall werden auf Gas, das für andere Zwecke als die Beheizung von Gebäuden verwendet wird, keine Steuern gezahlt. Eine solche vollständige Steuerbefreiung wäre nur möglich, wenn die Beihilfempänger Umweltschutzvereinbarungen mit Norwegen geschlossen hätten, was nicht der Fall ist. Eine teilweise Ermäßigung der Steuer würde voraussetzen, dass ein erheblicher Teil der Steuer gezahlt wird. Die Steuerbefreiung ist daher nach den Leitlinien für Umweltschutzbeihilfen nicht zu rechtfertigen.

FAZIT

Angesichts der genannten Erwägungen hat die Überwachungsbehörde beschlossen, das förmliche Prüfverfahren gemäß Artikel 1 Absatz 2 des EWR-Abkommens zu eröffnen. Interessierte werden aufgefordert, ihre Bemerkungen zu der Maßnahme innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu übermitteln.

EFTA SURVEILLANCE AUTHORITY DECISION

No 597/07/COL

of 23 November 2007

to initiate the procedure provided for in Article 1(2) of Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement with regard to the tax exemption from the Norwegian CO₂ tax on gas and LPG for the use of gas for purposes other than heating of buildings

(Norway)

THE EFTA SURVEILLANCE AUTHORITY ⁽¹⁾,

Having regard to the Agreement on the European Economic Area ⁽²⁾, in particular to Articles 61 to 63 and Protocol 26 thereof,

Having regard to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice ⁽³⁾, in particular to Article 24 thereof,

Having regard to Article 1(2) of Part I and Articles 4(4) and 6 of Part II of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement,

Having regard to the Authority's Guidelines ⁽⁴⁾ on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement, and in particular the Chapter on Aid for Environmental Protection as well as the Chapter on the Application of the State Aid Rules to Measures relating to Direct Business Taxation,

Whereas:

I. FACTS

1. Procedure

By letter of 9 March 2007 from the Norwegian Ministry of Government Administration and Reform forwarding a letter from the Ministry of Finance dated 8 March 2007, both received and registered by the Authority on 9 March 2007 (Event No 412984), the Norwegian authorities notified a planned amendment to the CO₂ tax on mineral products, pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement. The Norwegian authorities intended to amend the CO₂ tax in such a manner as to include taxation on natural gas and liquefied petroleum gas (hereafter LPG), on which no CO₂ tax is currently levied.

By letter dated 26 April 2007 (Event No 418662), the Authority requested additional information.

By e-mail dated 30 May 2007, the Norwegian Mission to the European Union forwarded a letter dated 25 May 2007 from the Norwegian Ministry of Government Administration and Reform, enclosing a letter from the Ministry of Finance replying to the information request. The letters were received and registered by the Authority on 30 May 2007 (Event No 426435).

A further request for information was sent by the Authority on 11 July 2007 (Event No 425632). The Norwegian authorities

replied to that request by letter from the Ministry of Government Administration and Reform dated 25 September 2007, forwarding a letter from the Ministry of Finance dated 24 September 2007. The letters were received and registered by the Authority on 25 September (Event No 443658).

2. Description of the proposed measures

In their notification the Norwegian authorities inform the Authority of a proposed amendment of the CO₂ tax on mineral products to include taxation of natural gas and LPG. In the following, the tax will be called 'the CO₂ tax on gas', which is however to be understood as covering taxation of both natural gas and LPG.

2.1. CO₂ taxation in Norway

Currently, CO₂ taxes in Norway are only levied on mineral oil and petrol. The Norwegian tax on CO₂ is understood by the Norwegian authorities to be a tax on the consumption and emission of CO₂ ⁽⁵⁾, which is levied on the use of the products mentioned in the tax chapter. Both imported and domestic products are subject to the tax.

The CO₂ tax is contained in a budgetary chapter concerning the environmental taxes levied on mineral products, with the title 'Om miljøavgifter på mineralske produkter mv'. Heading A of this chapter deals with the CO₂ tax on mineral products CO₂ (avgift på mineralske produkter). Section A1 stipulates the levy of the tax on mineral oil and petrol. It reads as follows:

'Fra 1. januar 2007 skal det i henhold til lov 19 mai 1933 nr. 11 om særavgifter betales CO₂-avgift til statskassen på følgende mineralske produkter etter følgende satser: ...

a) Mineralolje: kr. 0,47 per liter (...).

b) Bensin: kr 0,80 per liter',

that is:

'From 1 January 2007, according to Act of 19 May 1933 No 11 regarding special duties, CO₂ tax shall be paid to the Exchequer on the following mineral products at the following rates ...

(a) Mineral oil: NOK 0,47 per litre.

(b) Petrol: NOK 0,80 per litre' ⁽⁶⁾.

⁽¹⁾ Hereinafter referred to as 'the Authority'.

⁽²⁾ Hereinafter referred to as 'the EEA Agreement'.

⁽³⁾ Hereinafter referred to as 'the Surveillance and Court Agreement'.

⁽⁴⁾ Guidelines on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement and Article 1 of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, adopted and issued by the EFTA Surveillance Authority on 19 January 1994, published in OJ L 231, 3.9.1994, EEA Supplement No 32, 3 September 1994. The Guidelines were last amended on 31 May 2007. Hereinafter referred to as 'the State Aid Guidelines'.

⁽⁵⁾ Letter of 31 January 2002 from the Norwegian authorities in Case SAM070.001 — Environmental taxes.

⁽⁶⁾ This and other translations of Norwegian legislation found in the text have been done by the Authority.

Section A2 contains several exemptions from the tax, depending on the use of the product. Section A2.1 contains general exemptions for various activities, in particular the use of the mineral oil product as a raw material in the production process (Section A2 lit.1.c). Section A2.2 and Section A2.3 contain further exemptions relating to the use of mineral oil and petroleum respectively.

2.2. Introduction of CO₂ taxation on gas and LPG

No CO₂ tax has so far been levied on gas. In the budget proposal for 2007, the Norwegian Government proposed an amendment to the relevant chapter of the budget, which was accepted by Parliament. The proposal contained in St. prp. nr. 1 (2006-2007), II A and B reads:

'A.

Fra 1 juli 2007 gjøres følgende endringer:

§ 1 første ledd nye bokstaver c og d skal lyde:

c) Naturgass: kr. 0,47 pr. standardkubikkmeter.

d) LPG: kr. 0,60 pr. kg.

B.

§2 første ledd ny nr. 4 skal lyde:

4. Gass til annen bruk en oppvarming mv. i boliger og næringsbygg'.

that is:

'A.

As of 1 July 2007 the following amendments shall apply:

In Section 1, first paragraph, new letters c and d shall read:

(c) Gas: NOK 0,47 per standard cubic metre.

(d) LPG: NOK 0,60 per kilogram.

B.

Section 2, first paragraph, new number 4 shall read:

Gas used for purposes other than heating of houses and commercial buildings'.

By adding the letters (c) and (d) to Section 1, as referred to under A, a CO₂ tax on gas is introduced. The new provision referred to under B introduces an exemption for gas used for all purposes other than heating of houses and commercial buildings.

The above exemption was later further amended by St. prp. nr. 69 (2006-2007). By these amendments, the Norwegian authorities intended to exempt the greenhouse industry. They consider this exemption to fall outside the scope of the EEA Agreement. In addition the newly formulated (c) should make the tax duty more precise by not limiting it to gas used for dwellings and commercial buildings, but extending it to cover all buildings.

The amended Section 2.4 now reads as follows:

'§2 nr. 4 skal lyde:

Det gis fritak, refusjon eller ytes tilskudd for avgift på produkter til følgende anvendelseområder:

4. Gass til

c) *Annen bruk enn oppvarming av bygg.*

d) *Vektsthusnæringen.'*

that is:

'Section 2 nr. 4 shall read:

The following products are exempted from the tax, entitled to a refund or a grant for the tax in relation to the following fields of application:

4. Gas for

(c) any use other than heating of buildings;

(d) greenhouse industry.'

In their notification, the Norwegian authorities describe the planned amendment as an *'amendment of the CO₂ tax to include gas used as heating from 1 July 2007'*. In the opinion of the Norwegian authorities this amendment does not concern an exemption from a general CO₂ tax on gas, but merely the introduction of a very limited tax on the heating of buildings which does not constitute State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement. The notification is therefore to be understood as a notification for legal certainty only.

The Norwegian authorities state it is only for a technical reason that the CO₂ tax on gas is adopted as a general tax; the control possibilities of the Customs and Excise Directorate are increased when working with a general tax. Only if a measure is adopted as a general tax, are all producers of taxable goods obliged to register with the authorities as being liable for the tax and keep accounts of their sales. Had the tax been adopted as a more limited tax on heating, no registration and no keeping of accounts would have been necessary for traders which sell the gas for purposes other than heating.

2.3. The objective of the measure

The objective of the new tax on gas is described in the budget proposal for 2007, which refers to the so-called Soria Moria Statement (¹):

'Domestic use of gas is not subject to CO₂ tax. From 2005 gas used in some industries is subject to the climate quota system concerning CO₂. Other gas usages are not subject to means which incentivise the reduction of CO₂, i.e. gas used in dwellings, industrial houses and mobile sources. In the Soria Moria statement it is announced that the Government will examine the CO₂ tax to prevent that gas as heating is preferred to more environmental favourable alternatives.'

2.4. National legal basis for the measure

The CO₂ tax on gas was passed by *Stortinget* (the Parliament). The Government's proposal was put forward in St. prp. nr. 1 (2006-2007) *Skatte-, avgifts- og tollvedtak* and was adopted by the Parliament 28 November 2006.

(¹) The Soria Moria Statement is a policy statement drawn up by the three political parties forming the Norwegian Government.

As explained above, Parliament's decision was then altered in connection with the Revised National Budget 2007 ⁽¹⁾. This amendment concerned an exemption from the tax in favour of the greenhouse growing industry. In addition, the Government proposed to lay down in the Parliament's decision that gas for heating of all buildings are liable to tax, not only gas for residential houses and commercial buildings. The Government's proposal in St. prp. nr. 69 (2006-2007) was adopted by the Parliament on 15 June 2007.

In addition to the general decision by Parliament, there will be an amendment of the Regulation on Excise Duties (*Forskrift om endring av Forskrift om særavgifter*).

The new Section 3-6-4 of the Regulation, which deals with an exemption from the tax for mineral oil which is exported, will now also explicitly exempt LPG. The exemption now reads that for petrol and LPG the threshold beyond which no tax will be levied is 400 litres or 150 kg. As natural gas is always exported in bulk, natural gas is not mentioned and no minimum threshold is applied here, i.e. it is always tax exempted.

Section 3-6-5 of the Regulation deals with the exemption from the CO₂ tax for gas used for purposes other than heating. Section 3-6-5(1) states that gas which is used for other purposes than the heating of buildings, commercial buildings and other dwellings is tax exempted. The exemption does not cover any direct or indirect heating ⁽²⁾.

Gas which is used in units lower than 20 kg is exempted from the tax, see Section 3-6-5(2) of the Regulation.

Section 3-6-5(3) stipulates that registered companies may deliver gas without duty if the gas is to be used for a purpose which is exempted from duty. It is a condition for the exemption of duties that the buyer gives a statement about the use of the gas. If the gas is to be used for both tax liable and tax free purposes, a proportional distribution must be made according to the estimated use. The statement is valid for a period up to one year and must be retained as a record for 10 years. The person issuing the statement is responsible for the information being correct and complete. The tax is to be paid to the Customs and Excise Service (*Toll- og Avgiftsetaten*). If gas bought tax free is used for a tax liable purpose, the tax has to be paid.

2.5. Beneficiaries of the tax exemption

The Norwegian authorities state that 94 % of the consumption of natural gas concerns purposes other than heating of buildings. The Norwegian authorities explicitly state that only a small percentage of domestic consumption is related to the heating of buildings because the main consumption of natural gas is for industrial purposes, of which the manufacturing sector forms a dominant part.

According to Statistics Norway, approximately 80 % of the net domestic consumption of gas is related to manufacturing, mining and quarrying. The Norwegian authorities present the following consumption tables for 2006:

Norwegian consumption of natural gas and liquefied gas in 2006

| | Natural gas Mill. Sm ³ | Liquefied gas 100 t |
|---|-----------------------------------|---------------------|
| Net domestic consumption | 293 | 188 |
| Manufacturing, mining and quarrying | 245 | 151 |
| Energy intensive industry | 187 | 70 |
| Manufacture of paper and paper products | 10 | 3 |
| Mining, quarrying and other industries | 48 | 77 |
| Transport | 13 | 2 |
| Other sectors | 35 ⁽¹⁾ | 35 |

⁽¹⁾ As can be concluded from the table below, this figure must include also the fishing and agricultural sector and the private households.

Net domestic consumption of natural gas, 2006 Mill. Sm³

| | Total |
|---|--------------------|
| Total | 293 |
| Fishing and agriculture | 18 |
| Manufacturing, mining and quarrying | 244 ⁽¹⁾ |
| Mining and quarrying | 7 |
| Manufacture of food products | 29 |
| Textile | 1 |
| Manufacture of pulp, paper and paper products | 10 |
| Manufacture of wood and products of wood | 0 |
| Manufacture of chemicals | 135 |
| Non metallic mineral products | 2 |
| Manufacture of basic metals | 52 |
| Other manufacturing industries | 9 |
| Construction | 0 |
| Services | 26 |
| Hotels and restaurants | 0 |
| Commodity trade | 1 |
| Land transport | 3 |
| Sea transport | 9 |

⁽¹⁾ See above, Section I-2.2 of this Decision.

⁽²⁾ As explained by the Norwegian authorities, that last sentence should be understood in the meaning of 'heating of buildings'.

| | Total |
|---|-------|
| Supporting and auxiliary transport, travel agencies | 1 |
| Business like services and property management | 1 |
| Public administration | 1 |
| Education | 1 |
| Health and social works | 8 |
| Cultural and personal services | 1 |
| Households | 4 |

(¹) Figure given by the Norwegian authorities, should however, read 245.

The Norwegian authorities further state that half of the consumption of gas in the manufacturing sector concerns Statoil's methanol production plant Tjeldbergodden. Another large consumer is Hydro Aluminium for the manufacture of aluminium.

2.6. Budget and duration

The Norwegian authorities have not indicated a duration or a budget for the tax exemption.

II. ASSESSMENT

1. Scope of the Decision

The Decision applies to the exemption from the CO₂ tax on gas for uses of gas for purposes other than heating of buildings. In contrast, it does not apply to the similar exemption for the greenhouse growing industry given that this industry concerns goods falling outside the scope of products to which the provisions of the EEA Agreement apply, including those related to State aid (cf. Article 8(3) of the EEA Agreement). With regard to mining, the EEA Agreement applies to trade in coal and steel products, except where the bilateral Free Trade Agreement (¹) contains specific provisions which have not been set aside by Protocol 14 to the EEA Agreement. Consequently, this Decision applies to the mining industry, without prejudice to the products which are still governed by the bilateral Free Trade Agreement and to which this decision does not apply (²).

(¹) Agreement between the Member States of the European Coal and Steel Community, of the one part, and the Kingdom of Norway, of the other part (OJ L 348, 27.12.1974, p. 17). This bilateral Free Trade Agreement remains in force after the expiry of the ECSC Treaty. The rights and obligations of this Agreement were transferred from the ECSC to the European Community as a result of the decision of the Conference of the Representatives of the Governments of the EC Member States from 19 July 2002. With the expiry of the ECSC Treaty in July 2002, the treatment in the Community of State aid to the ECSC steel sector was integrated into the general legal framework of the EC Treaty.

(²) With regard to the steel sector, see Protocol 26 to the EEA Agreement in conjunction with Article 5 of Protocol 14 to the EEA Agreement. With regard to the other products, see Articles 1 and 2(1) of Protocol 14 to the EEA Agreement, as well as Article 1 and its Annex, which lists the products referred to in Article 1, of the bilateral Free Trade Agreement.

2. The presence of State aid

State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement

Article 61(1) of the EEA Agreement reads as follows:

'Save as otherwise provided in this Agreement, any aid granted by EC Member States, EFTA States or through State resources in any form whatsoever which distorts or threatens to distort competition by favouring certain undertakings or the production of certain goods shall, in so far as it affects trade between Contracting Parties, be incompatible with the functioning of this Agreement.'

2.1. Presence of State resources

The aid measure must be granted by the State or through State resources. The Norwegian authorities plan to introduce a new tax for gas and an exemption from that tax for all purposes other than the heating of buildings. The granting of a tax exemption or reduction involves a loss of tax revenues which is equivalent to consumption of State resources in the form of fiscal (tax) expenditure, see point 3(3) of the Authority's State Aid Guidelines in relation to Business Taxation. In the case at hand, the exemption from the CO₂ tax on gas for uses other than heating of buildings leads to a loss of revenue for the State.

2.2. Favouring certain undertakings or the production of certain goods

The aid measure must be selective in that it favours, i.e. confers an advantage on, *certain undertakings or the production of certain goods*. The Norwegian authorities argue that the limitation of the tax to the heating of buildings is a general measure which is open to all undertakings and sectors. All sectors and undertakings using the gas to heat buildings are liable to the tax for this use, whereas sectors and undertakings which (also) use gas in the production process or for any other purpose than heating of buildings are not liable to taxation on the gas used for those other purposes. A manufacturer who also uses gas for the heating of e.g. administrative buildings would pay — as laid down in the Regulation on Excise Duties — the tax for that use in the same way as any other undertaking, whereas he would not be subject to any taxation for the gas used in the production process.

As underlined by the Norwegian authorities, the Norwegian tax law does not create any explicit distinction between sectors. However, the existence of State aid is to be analysed according to the effects of a measure. The Authority is therefore of the opinion that it must also verify that the exemption in the Norwegian legislation will not have the effect of indirectly favouring certain sectors to the detriment of others. The above statistics (³) demonstrate that the consumption of gas in Norway is mainly for industrial purposes, notably manufacturing and mining, while the transport and the services sector play by comparison a lesser role in the consumption of gas. Hence, the existence of *de facto* sectoral aid must be investigated. Should this examination lead to the conclusion that the measure indeed concerns only certain undertakings or the production of certain goods, the exemption from the CO₂ tax relieves the undertakings benefiting from it of charges which they would normally have to bear from their ordinary budget. The consequence could be that these undertakings receive an advantage within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.

(³) See Section I-2.5 of this Decision.

The CO₂ tax will not be paid on gas used in production processes. Therefore those who do not engage in production processes, but mainly carry out their work in buildings, i.e. typically the service sector, and private households, will pay the tax on the whole of their consumption of gas whereas undertakings using gas in the production process will not be liable to taxation for a substantial part of their gas consumption. In the Authority's preliminary view this may constitute a measure which *de facto* favours certain undertakings, namely undertakings in the manufacturing sector as well as in the transport sector, to the detriment of the service sector.

The arguments for whether the measure under examination is or is not selective are dealt with below.

2.2.1. Introduction of a limited tax on the heating of buildings instead of a tax exemption from the CO₂ tax

Norway considers the notified measure not an exemption from a CO₂ tax on gas for certain sectors, but rather the introduction of a limited tax on the use of gas for the heating of buildings, i.e. the tax (on heating of buildings) is a burden for those on whom the tax is levied rather than an exemption and advantage for the many who consume gas in a way which is not subject to the tax. The Norwegian authorities underline that 94 % of the gas used in Norway is used for purposes other than heating, in other words only 6 % of the gas consumed will be taxed. According to the Norwegian authorities, the reality therefore is that natural gas is not subject to a CO₂ tax.

The Authority has doubts as to whether it can agree to that argumentation. Firstly, the Norwegian authorities have not provided for a separate Section in the budget which introduced a new tax for the heating of buildings. On the contrary, gas is simply integrated as a new product in Section 1 of the budgetary chapter which contains a general CO₂ tax on mineral products. The Norwegian authorities themselves stated in the original notification that the CO₂ tax on gas is technically adopted as a *general* tax on gas.

Secondly, the relief from taxation for uses other than heating is put into the Section of the budgetary chapter which deals with exemptions from the taxation stipulated in Section A1, namely Section A2 of the budgetary chapter. Section A2 starts with the following wording '*Det gis fritak, refusjon eller ytes tilskudd for avgift på produkter til følgende anvendelsesområder ...*', i.e. 'the following products should be exempted from the tax, receive a refund or a grant for the following fields of application ...'. All the products and fields of application contained therein are to be understood as exemptions from the general tax contained in Section 1 of the budgetary chapter. The Authority has until now not been presented with compelling reasons for why the same classification as a tax exemption should not apply to the newly introduced Section A2.4, which deals with exempting certain uses of gas from taxation. The wording used in the newly introduced Section A2.4 is clear in that all uses other than heating of buildings are tax exempted or entitled to a refund or grant.

Lastly, the choice of the Norwegian legislator was a deliberate one. As the Norwegian authorities have argued, the tax was adopted as a general tax on gas in order to give the tax authorities greater control possibilities. According to Section 5-1 of the

Regulation on Excise Duties, producers of taxable goods are obliged to register with the Norwegian Customs and Excise Authorities as being liable for the tax and the registered companies are obliged to keep accounts. The Norwegian authorities argue that if the tax had been constructed as a limited tax on the heating of buildings, no registration and no keeping of accounts would be necessary for the traders selling gas for purposes other than heating of buildings and the control possibilities of the Customs and Excise Directorate would be reduced. This argumentation demonstrates that the adoption of a general tax on CO₂ rather than a limited tax on the heating of buildings was deliberate.

That being said, the existence of State aid must be analysed according to its effects not the form a measure takes. It therefore seems appropriate to investigate further the claim of the Norwegian authorities.

2.2.2. Exemption for purposes other than heating is a general measure open to all

The Norwegian authorities consider the tax exemption to be a general measure as all undertakings using gas for heating purposes will pay the tax, but all undertakings using gas in the production process or for any other purpose will not be liable to tax on the gas used for those other purposes.

The Authority notes as a starting point that *all* uses of gas are liable to the CO₂ tax, which is a general tax on gas. However, as stated above, the existence of State aid must be analysed according to its effects, not the form a measure takes. Thus, given the explanation of the Norwegian authorities as to the increased control by the Customs and Excise Directorate in cases of general taxation, the Authority finds it appropriate, as noted above, to verify whether the apparent tax exemption is, in fact, a measure which applies generally to all undertakings using gas for the purposes of heating a building.

Nevertheless, even if this were the case, the Authority questions whether a measure which targets the 'use' of a product as being tax exempted may automatically be removed from the ambit of the State aid rules, as certain uses of energy will often be linked — as here the use of gas for production purposes — to certain sectors of industry. The Authority has doubts as to whether the fact that the commercial activity of one sector (the manufacturing sector) employs the product in a manner other than the described 'use' and is therefore exempted from the tax, whereas the commercial activity of another sector needs the product in question only for uses which are tax liable (due to the fact that the production process of this sector just consists in the use of heated office space) is a legitimate way to set the limits of a general measure.

The case law in this regard is not settled. Contrary to the situation leading to the judgment in *Adria-Wien* ⁽¹⁾, the Norwegian legislation does not make an explicit distinction between types of undertaking or goods. In an older case concerning Italy, the Court of Justice considered that a bigger reduction of certain compulsory sickness insurance contributions for female than for male employees constituted an aid to sectors which employed more female workers ⁽²⁾. Similarly, in *Gemo SA*, a premium for the disposal of animal

⁽¹⁾ Case C-143/99, *Adria-Wien Pipeline GmbH, Wietersdorfer & Peggauer Zementwerke GmbH and Finanzlandesdirektion für Kärnten* [2001] ECR I-8365.

⁽²⁾ Case C-203/82, *Italy v Commission* [1983] ECR 2525.

carcasses, which was formally applicable to all economic operators but which essentially benefited only a certain group of undertakings, was analysed as State aid ⁽¹⁾. Regarding a preferential rate for exports, the Court found the measure to constitute State aid, despite the fact that it was open to all operators wishing to export ⁽²⁾. On the other hand, the Authority notes that in the Commission Decision relating to the British Climate Change Levy, only the exemptions to the general tax on non-domestic use of energy products for fuel purposes were notified. Indeed, *'the introduction of environmental taxes on the consumption of electricity, coal and other solid fuel, gas and liquefied petroleum gas are not as such caught by Article 87 of the EC Treaty [...] in so far as they are general measures which do not favour particular firms or sectors of industry'* ⁽³⁾.

Moreover, the Authority's Guidelines on the application of the State aid rules to measures relating to direct business taxation stipulate (at point 3.1.) that tax measures which are open to all economic operators are in principle general measures, unless they are de facto reduced in scope. The Guidelines stipulate that measures pursuing general economic policy objectives through a reduction of the tax burden related to certain production costs will constitute general measures, i.e. measures designed to reduce the taxation of labour for all firms have a relatively greater effect on labour intensive industries than on capital intensive industries, without necessarily constituting State aid. The Authority finds it necessary to further investigate whether the Norwegian tax exemption is comparable to these situations.

Finally, the Authority notes the Commission's Decision regarding the Danish electricity reform ⁽⁴⁾, which was based on the principle that the full tax is paid on household consumption and on comparable consumption by companies. This meant that e.g. liberal professions, which typically have a electricity consumption comparable to that of households, would pay the tax. The levying of the tax was implemented using VAT criteria (companies with a VAT number would get a tax refund, typically the manufacturing sector). Certain companies, while having a VAT number, would still pay the tax, because their consumption was found to be more like that of private households. An annex to the Electricity Tax Act would list these companies. The Commission found this procedure to be in line with the Danish electricity tax logic ⁽⁵⁾.

The Norwegian authorities have not based themselves on that Danish decision nor reasoned the tax or the tax exemption in that manner. Instead of arguing the parallel with household consumption, the tax exemption is justified, according to the Norwegian authorities, by a desire to stimulate a switch to bio-energy. The Norwegian system does not attempt to create a system which ensures that the consumption of gas other than for industrial purposes is compared with ordinary household consumption and taxed in the same manner.

In this regard it should also be noted that the Danish system was subsequently considered to constitute State aid, as certain

VAT registered companies which would receive a tax refund were favoured over certain other companies which likewise had a business-like consumption and therefore should have profited from the tax relief in the same way, i.e. the 'household consumption' logic was not followed in all cases ⁽⁶⁾.

The Authority does not exclude that the Norwegian system by stating that all purposes other than heating should not be tax liable, might be simpler and more coherent than the Danish system. However, the Authority will have to investigate further and the Norwegian authorities need to demonstrate that also the service sector can profit from the tax relief for that part of its commercial activity which does not consist in the heating of buildings. Likewise it would have to be ensured that the manufacturing sector would also include for the payment of the tax those buildings in which the production process takes place (administrative buildings are, according to the Norwegian authorities, in any event covered by the tax).

Based on the information available at this stage, the Authority cannot exclude that the tax exemption is a selective measure which would constitute State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.

2.2.3. Nature and scheme of the Norwegian tax system

As the Norwegian authorities are of the opinion that the tax is not materially selective, they do not put forward an explicit argumentation that the tax exemption for purposes other than the heating of buildings is within the nature and scheme of the Norwegian tax system. Nevertheless, according to Section 3.4 of the Authority's Guidelines on business taxation, certain differential measures whose economic rationale makes them necessary to the smooth functioning and effectiveness of the tax system might not constitute State aid. In such cases, the measure would no longer be considered selective ⁽⁷⁾.

Against this background, the Authority will examine below whether the logic underlying the tax exemption could justify a differentiation between sectors. As the exemption concerns a derogation from the CO₂ tax, the Authority will try to establish the objective of this taxation which it considers to be the general system against which the logic of a derogation must be measured. In other words, the Authority will examine whether the logic of the tax exemption for purposes other than heating is in line with the objectives of the CO₂ tax itself.

Purpose of reducing CO₂ emissions

The CO₂ tax on mineral products is to be found in a budgetary chapter bearing the heading 'Environmental taxes'. This seems to suggest that the CO₂ tax follows an environmental objective. Such an objective would be to create incentives, via taxation, to reduce CO₂ emissions ⁽⁸⁾.

⁽¹⁾ Case C-126/01, *Ministre de l'économie, des finances et de l'industrie et Gemo SA* [2003] ECR I-13769.

⁽²⁾ Joined Cases 6 and 11-69, *Commission v France* [1969] ECR p. 523.

⁽³⁾ Commission Decision of 3 April 2002 on the dual-use exemption which the United Kingdom is planning to implement under the Climate Change Levy and the extended exemption for certain competing processes (OJ L 229, 27.8.2002, p. 15).

⁽⁴⁾ State aid N 416/99.

⁽⁵⁾ The case was not assessed as a 'general v selective' measure, but was justified by reference to point 16 of the Commission's Notice on Business taxation with a special reference to the logic of the Danish tax system.

⁽⁶⁾ State aid NN 75/04.

⁽⁷⁾ As can be seen from the EFTA Court's judgment in Joined Cases E-5/04, E-6/04 and E-7/04, *Fesil and Finnsjord, the Kingdom of Norway, PIL and others v the EFTA Surveillance Authority* [2005] EFTA Court Reports p. 117, the argument relating to the nature and scheme of the tax system is normally dealt with under the aspect of selectivity. See in this regard also Case C-143/99 *Adria Wien*, cited above at footnote 15, paragraph 42, which explicitly clarifies this point.

⁽⁸⁾ In the above mentioned letter of the Norwegian authorities of 31 January 2002 the CO₂ tax is described as designed to produce environmental effects.

The Norwegian authorities indeed confirm that intention of the current CO₂ tax on *mineral oil* is to put a price on the environmental damages caused by the use of taxed products and to encourage the use of other more environmental products. Given the fact that, as shown above, the CO₂ tax on gas is integrated into the general taxation chapter on mineral products, one would assume that this new taxation follows the same logic, namely to serve an environmental purpose by creating incentives to reduce CO₂ emissions. And yet, it is not obvious to the Authority how one can reconcile that environmental logic with a system that excludes certain sectors from taxation despite the fact that also these sectors should be able to reduce CO₂ emissions by either curtailing the use of gas or switching to more environmentally friendly products.

The budgetary proposal for the introduction of the CO₂ tax on gas as described above ⁽¹⁾ demonstrates that certain industries — outside the service sector — indeed have incentives and the possibility to reduce CO₂ emissions by being subject to the climate quota system concerning CO₂. The climate quota system also covers parts of the manufacturing sector. Given that such a motivation of reducing CO₂ emissions for the manufacturing sector is thereby acknowledged, it seems to be hardly compatible with the nature and scheme of the Norwegian tax system to relieve the production of goods from the CO₂ taxation of gas. Moreover, in the Authority's opinion, the transport sector also has an incentive and possibility to reduce CO₂ emissions.

The Norwegian authorities seem to accept that the manufacturing sector not only has possibilities to reduce CO₂ emissions, but that incentives created to that end — e.g. via the emission trading system — can lead to a behavioural change. For Statoil, the largest consumer of gas in the manufacturing sector, the Norwegian authorities have explicitly acknowledged that the company has an incentive to reduce emissions from gas via the emission trading system ⁽²⁾. In addition, and contrary to the proposed CO₂ tax on gas, the manufacturing sector is currently subject to the CO₂ tax on mineral oil and petrol ⁽³⁾. The only exemption in this regard is when the mineral oil is used as a raw material in the production process, see Section A2d) of the budgetary chapter. Where mineral oil is used for other purposes (e.g. fuel) in the production process, it is subject to the CO₂ tax. It is not easy to see the logic behind a taxation system on mineral products which exempts certain sectors from the taxation of one mineral product, namely gas, but not another, namely mineral oil. Both products are covered by the same legal provision establishing a general taxation on mineral products for environmental purposes. The same argument can be made for the transport sector, which in general is submitted

⁽¹⁾ See Section I-2.3 of this Decision.

⁽²⁾ The question of the relation, if any, between the emission trading system and the CO₂ taxation in general and whether the existence of an emission trading system could justify an exemption from the CO₂ tax in order to avoid double payment for environmental pollution is the subject of another investigation (Case No 63030 — CO₂ tax exemption as a consequence of emission trading).

The above argument only examines whether incentives to reduce CO₂ emissions also exist for sectors which use gas in the production process, but which are not covered by the newly introduced CO₂ tax on gas. The fact that the manufacturing sector is subject to the climate change quota system indicates that such incentives do exist.

⁽³⁾ In one of their earlier submissions, the Norwegian authorities claimed that despite a different drafting of the exemptions, the CO₂ tax on mineral oil and on gas are in practice the same, namely both limited to heating of buildings. The Authority would agree that the taxes follow the same environmental purpose, but notes that the exemptions are indeed quite different. In particular, as shown above, the exemption structure leads to a different taxation for the production of goods.

to the mineral oil tax with the exception of certain situations like the use of mineral oil in domestic sea freight. Again, there does not seem to be any environmental reason why the transport sector should be subject to the CO₂ tax on mineral oil, but not to a CO₂ tax on gas.

Switchover to bio-energy

The Norwegian authorities however argue that the logic behind the CO₂ tax on gas is to be distinguished from the CO₂ tax on mineral oil and petrol. The latter puts a price on the environmental damage caused by the use of the taxed products and encourages the use of other, more environmentally friendly, products. The tax is broad and general and the exemptions in the budgetary chapter, Section A2, are drafted very narrowly.

The Norwegian authorities argue that the CO₂ tax on gas however follows another, more narrow purpose, namely to prevent that gas is preferred to more environmentally favourable alternatives such as bio-energy, which is not taxed. By putting a tax on the use of gas, the intention is to stimulate a switch to bio-energy. Consequently, the exemption is drafted in broad terms ⁽⁴⁾.

The Authority has doubts as to whether this argumentation justifies a differentiation between sectors. Firstly, it should be noted that the CO₂ tax both on mineral oil and on gas is contained in the same budgetary chapter establishing a general CO₂ tax. On this basis, it is hard to see why the CO₂ tax on gas would follow a completely different logic.

Secondly, and more importantly, it should be noted that a reduction of CO₂ emissions can be achieved either by reducing the use of the environmentally damaging product or by turning to more environmentally friendly alternatives. As cited above, with regard to the tax on mineral oil, the use of environmentally friendly alternatives is mentioned. Consequently to argue that the CO₂ tax on gas is special and different from the CO₂ tax on mineral oil in this respect seems difficult.

Lastly, the Authority is not convinced by the argument put forward by the Norwegian authorities that, in relation to gas for industrial purposes, a switchover possibility does not exist. The Norwegian authorities argue that in the production processes energy is used at high temperatures, whereas bio-energy is best used at low to medium temperatures. However, the Norwegian tax system does not draw a distinction along those lines. At least for the transport sector, the use of bio-energy seems possible as well as for parts of the manufacturing sector.

2.3. Distortion of competition and effect on trade between Contracting Parties

The aid measure must distort competition and affect trade between the Contracting Parties.

The saved tax amounts strengthen the aid recipients' financial position compared with their competitors. As the undertakings are active on a large number of markets in which there is trade within the EEA, the tax exemption must also be considered to affect trade between the Contracting Parties.

⁽⁴⁾ Letter dated 25 September 2007.

2.4. Conclusion

As all the criteria under Article 61(1) of the EEA Agreement seem to be fulfilled, the Authority has come to the preliminary conclusion that the exemption from the CO₂ tax for all purposes other than the heating of buildings constitutes State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.

3. Procedural requirements

Pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, 'the EFTA Surveillance Authority shall be informed, in sufficient time to enable it to submit its comments, of any plans to grant or alter aid. [...]. The State concerned shall not put its proposed measures into effect until the procedure has resulted in a final decision'.

By submitting the notification of the tax exemption from the CO₂ taxation on gas by letter dated 9 March 2007 from the Norwegian Ministry of Government Administration and Reform, the Norwegian authorities have complied with the notification requirement. The Norwegian authorities confirmed that the tax and the tax exemptions are not implemented yet. In the interim, i.e. before the Authority's decision, a general tax exemption is in place, i.e. nobody, regardless of sector or use is paying the tax.

The Authority can therefore conclude that the Norwegian authorities have respected their obligations pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement.

4. Compatibility of the aid

Support measures caught by Article 61(1) of the EEA Agreement are generally incompatible with the functioning of the EEA Agreement, unless they qualify for a derogation in Article 61(2) or (3) of the EEA Agreement.

The derogation laid down in Article 61(2) is not applicable to the aid in question, which is not designed to achieve any of the aims listed in this provision.

The aid can also not be justified under Article 61(3)(a) of the EEA Agreement, which provides for regional support. As the aid is not given to promote the execution of an important project of common European interest or to remedy a serious disturbance in the economy of Norway, Article 61(3)(b) of the EEA Agreement does not apply either.

The aid in question is not linked to any investment. It simply reduces the costs which companies would normally have to bear in the course of pursuing their day-to-day business activities and is consequently to be classified as operating aid. Operating aid is normally not considered suitable to facilitate the development of certain economic activities or of certain regions as provided for in Article 61(3)(c) of the EEA Agreement. However, operating aid can be allowed under the Authority's Environmental Guidelines if certain conditions are fulfilled.

According to Section D.3.2 of the Environmental Guidelines, EFTA States might deem it necessary to make provisions for temporary exemptions from environmental taxes notably because of the absence of harmonisation at European level or because of the temporary risks of a loss of international competitiveness. However, as can be seen from point 42 of the Envi-

ronmental Guidelines, these exemptions constitute operating aid, which have to fulfil the requirements set out in the Guidelines.

Point 46.1 of the Environmental Guidelines provides that when an EFTA State, for environmental reasons, introduces a new tax in a sector of activity or on products in respect of which no corresponding European Community tax harmonisation exists or the tax exceeds that provided for in Community legislation, exemption decisions covering a ten year period may be justified:

- (a) when these exemptions are either conditional on the conclusion of agreements between the EFTA State concerned and the recipient firms whereby the firms undertake to achieve environmental protection objectives; or
- (b) when the amount paid by the firms after the tax reduction remains higher than the Community minimum (where a Community tax exists — first indent) or constitutes a significant proportion of the national tax (where the tax does not correspond to a harmonised Community tax — second indent).

The Norwegian CO₂ tax exceeds the Community minimum, as the taxation on the Community level is 0 for LPG and EUR 0,15 per gigajoule calorific value for natural gas. Under the Norwegian tax the respective levels are NOK 0,60 (around EUR 0,08) per kilogram for LPG and NOK 0,47 per standard cubic metre (around EUR 0,06). The theoretical energy content in natural gas is 39,9 GJ/1 000 Sm³ (1). The tax rate of NOK 0,47 per Sm³ is equivalent to a tax rate of NOK 11,78 per gigajoule of theoretical energy content (around EUR 1,43).

However, in the present case no tax is paid for purposes other than heating of buildings (i.e. no Community minimum). As can be seen from the above, such a total tax exemption would only be possible if the aid recipients had concluded environmental agreements with Norway, which is not the case. A partial reduction of the tax would require that the Community minimum is paid. The tax exemption therefore cannot be justified under the Environmental Guidelines.

5. Conclusion

Based on the information submitted by the Norwegian authorities, the Authority cannot exclude the possibility that the exemption from the CO₂ tax on gas constitutes aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement. Furthermore, the Authority has doubts that these measures can be regarded as complying with Article 61(3)(c) of the EEA Agreement, in combination with the requirements laid down in the Chapter on aid for environmental protection of the Authority's State Aid Guidelines. The Authority thus doubts that the above measures are compatible with the functioning of the EEA Agreement.

Consequently, and in accordance with Article 4(4) of Part II of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, the Authority is obliged to open the procedure provided for in Article 1(2) of Part I of Protocol 3 to that Agreement. The decision to open proceedings is without prejudice to the final decision of the Authority, which may conclude that the measures in question do not amount to State aid or are compatible with the functioning of the EEA Agreement.

(1) Information by the Norwegian authorities, source: Statistics Norway http://www.ssb.no/english/subjects/01/03/10/energiregn_en

In light of the foregoing considerations, the Authority, acting under the procedure laid down in Article 1(2) of Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, requests the Norwegian authorities to submit their comments within one month of the date of receipt of this Decision.

In light of the foregoing considerations, the Authority requires that, within **one month** of receipt of this decision, the Norwegian authorities provide all documents, information and data needed for assessment of the compatibility of the exemption from the CO₂ tax on gas,

HAS ADOPTED THIS DECISION:

Article 1

The EFTA Surveillance Authority has decided to open the formal investigation procedure provided for in Article 1(2) of Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement against Norway regarding the tax exemption from the Norwegian CO₂ tax on gas for gas and LPG used for purposes other than the heating of buildings.

Article 2

The Norwegian authorities are requested, pursuant to Article 6(1) of Part II of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, to submit their comments on the opening of the formal investigation procedure within one month from the notification of this Decision.

Article 3

The Norwegian authorities are required to provide within one month from notification of this Decision, all documents, information and data needed for assessment of the compatibility of the aid measure.

Article 4

The EC Commission shall be informed, in accordance with Protocol 27(d) of the EEA Agreement, by means of a copy of this Decision.

Article 5

Other EFTA States, EC Member States, and interested parties shall be informed by the publishing of this Decision in its authentic language version, accompanied by a meaningful summary in languages other than the authentic language version, in the EEA Section of the *Official Journal of the European Union* and the EEA Supplement thereto, inviting them to submit comments within one month from the date of publication.

Article 6

This Decision is addressed to the Kingdom of Norway.

Article 7

Only the English version is authentic.

Done at Brussels, 23 November 2007.

For the EFTA Surveillance Authority

Per SANDERUD
President

Kristján Andri STEFÁNSSON
College Member

**Arzneimittel — Liste der Zulassungen in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 in den dem EWR
angehörigen EFTA-Staaten**

(2008/C 146/03)

Unterausschuss I — Für den freien Warenverkehr

Zur Kenntnisnahme durch den Gemeinsamen EWR-Ausschuss

Der Gemeinsame EWR-Ausschuss wird unter Bezugnahme auf seinen Beschluss Nr. 74/1999 vom 28. Mai 1999 ersucht, in der Sitzung vom 14. März 2008 von den folgenden Listen betreffend Zulassungen von Arzneimitteln im Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 2007 Kenntnis zu nehmen:

- | | |
|-------------------|--------------------------------|
| <i>Anhang I</i> | Liste neuer Zulassungen |
| <i>Anhang II</i> | Liste verlängerter Zulassungen |
| <i>Anhang III</i> | Liste erweiterter Zulassungen |
| <i>Anhang IV</i> | Liste widerrufenen Zulassungen |
| <i>Anhang V</i> | Liste ausgesetzter Zulassungen |

ANHANG I

Liste neuer Zulassungen

Folgende Zulassungen wurden im Zeitraum **1. Juli bis 31. Dezember 2007** in den dem EWR angehörenden EFTA-Staaten erteilt:

| EU-Nummer | Produkt | Staat | Zeitpunkt der Zulassung |
|---------------------------|--------------|---------------|-------------------------|
| EU/1/06/361/001 | Luminy | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/07/387/001-008 | Advagraf | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/07/391/001/NO-004/NO | Revlimid | Norwegen | 13.7.2007 |
| EU/1/07/391/001-004/IS | Revlimid | Island | 11.7.2007 |
| EU/1/07/392/001 | Circadin | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/07/392/001/IS | Circadin | Island | 8.8.2007 |
| EU/1/07/392/001/NO | Circadin | Norwegen | 15.8.2007 |
| EU/1/07/393/001/IS | Soliris | Island | 19.7.2007 |
| EU/1/07/393/001/NO | Soliris | Norwegen | 19.7.2007 |
| EU/1/07/394/001/NO-006/NO | Optaflu | Norwegen | 20.8.2007 |
| EU/1/07/395/001/NO-064/NO | Invega | Norwegen | 17.7.2007 |
| EU/1/07/395/001-064 | Invega | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/07/395/001-064/IS | Invega | Island | 20.7.2007 |
| EU/1/07/396/001/NO-003/NO | Pergoveris | Norwegen | 3.7.2007 |
| EU/1/07/396/001-003 | Pergoveris | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/07/396/001-003/IS | Pergoveris | Island | 20.7.2007 |
| EU/1/07/397/001 | Siklos | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/07/397/001/IS | Siklos | Island | 19.7.2007 |
| EU/1/07/397/001/NO | Siklos | Norwegen | 22.8.2007 |
| EU/1/07/398/001/NO-014/NO | Optimark | Norwegen | 20.8.2007 |
| EU/1/07/398/001-014 | OptiMark | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/07/398/001-014/IS | OptiMark | Island | 20.8.2007 |
| EU/1/07/399/001/NO-006/NO | Aerinaze | Norwegen | 22.8.2007 |
| EU/1/07/399/001-006 | Aerinaze | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/07/399/001-006/IS | Aerinaze | Island | 30.8.2007 |
| EU/1/07/400/001/NO-016/NO | Mircera | Norwegen | 3.9.2007 |
| EU/1/07/400/001-016/IS | Mircera | Island | 17.8.2007 |
| EU/1/07/401/001/NO-006/NO | Orlistat GSK | Norwegen | 20.8.2007 |
| EU/1/07/401/001-006 | Orlistat GSK | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/07/401/001-006/IS | Orlistat GSK | Island | 21.8.2007 |

| EU-Nummer | Produkt | Staat | Zeitpunkt der Zulassung |
|---------------------------|--------------------|---------------|-------------------------|
| EU/1/07/402/001 | Increlex | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/07/402/001/IS | Increlex | Island | 31.8.2007 |
| EU/1/07/403/001 | Atriance | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/403/001/IS | Atriance | Island | 20.9.2007 |
| EU/1/07/403/001/NO | Atriance | Norwegen | 4.9.2007 |
| EU/1/07/404/001/NO-005/NO | Flebogammadif | Norwegen | 13.9.2007 |
| EU/1/07/404/001-005 | Flebogammadif | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/404/001-005/IS | Flebogammadif | Island | 13.9.2007 |
| EU/1/07/405/001/NO-020/NO | Rasilez | Norwegen | 14.9.2007 |
| EU/1/07/405/001-020 | Rasilez | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/405/001-020/IS | Rasilez | Island | 6.9.2007 |
| EU/1/07/406/001/NO-020/NO | Enviage | Norwegen | 14.9.2007 |
| EU/1/07/406/001-020 | Enviage | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/406/001-020/IS | Enviage | Island | 11.9.2007 |
| EU/1/07/407/001/NO-020/NO | Sprimeo | Norwegen | 14.9.2007 |
| EU/1/07/407/001-020 | Sprimeo | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/407/001-020/IS | Sprimeo | Island | 11.9.2007 |
| EU/1/07/408/001/NO-020/NO | Tekturna | Norwegen | 14.9.2007 |
| EU/1/07/408/001-020 | Tekturna | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/408/001-020/IS | Tekturna | Island | 6.9.2007 |
| EU/1/07/409/001/NO-020/NO | Riprazo | Norwegen | 14.9.2007 |
| EU/1/07/409/001-020 | Riprazo | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/409/001-020/IS | Riprazo | Island | 11.9.2007 |
| EU/1/07/410/001/NO-016/NO | Binocrit | Norwegen | 13.9.2007 |
| EU/1/07/410/001-016 | Binocrit | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/410/001-016/IS | Binocrit | Island | 18.9.2007 |
| EU/1/07/411/001/NO-016/NO | Epoetin alfa Hexal | Norwegen | 13.9.2007 |
| EU/1/07/411/001-016 | Epoetin alfa Hexal | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/411/001-016/IS | Epoetin alfa Hexal | Island | 19.9.2007 |
| EU/1/07/412/001/NO-016/NO | Abseamed | Norwegen | 12.9.2007 |
| EU/1/07/412/001-016 | Abseamed | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/412/001-016/IS | Abseamed | Island | 19.9.2007 |

| EU-Nummer | Produkt | Staat | Zeitpunkt der Zulassung |
|---------------------------|---|---------------|-------------------------|
| EU/1/07/413/001/NO-003/NO | Gliolan | Norwegen | 28.9.2007 |
| EU/1/07/413/001-003 | Gliolan | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/413/001-003/IS | Gliolan | Island | 21.9.2007 |
| EU/1/07/414/001/NO-017/NO | Galvus | Norwegen | 8.10.2007 |
| EU/1/07/414/001-017 | Galvus | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/414/001-017/IS | Galvus | Island | 18.10.2007 |
| EU/1/07/415/001/NO-056/NO | Zalasta | Norwegen | 16.10.2007 |
| EU/1/07/415/001-056/IS | Zalasta | Island | 26.10.2007 |
| EU/1/07/415/001-056 | Zalasta | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/416/001 | Ecalta | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/416/001/IS | Ecalta | Island | 13.10.2007 |
| EU/1/07/416/001/NO | Ecalta | Norwegen | 28.9.2007 |
| EU/1/07/417/001/NO-002/NO | Yondelis | Norwegen | 23.10.2007 |
| EU/1/07/417/001-002 | Yondelis | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/417/001-002/IS | Yondelis | Island | 15.10.2007 |
| EU/1/07/418/001/NO-010/NO | Celsentri | Norwegen | 25.9.2007 |
| EU/1/07/418/001-010 | Celsentri | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/418/001-010/IS | Celsentri | Island | 13.10.2007 |
| EU/1/07/419/001/NO-009/NO | Cervarix | Norwegen | 25.9.2007 |
| EU/1/07/419/001-009 | Cervarix | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/07/419/001-009/IS | Cervarix | Island | 12.10.2007 |
| EU/1/07/420/001 | Cyanokit | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/07/420/001/IS | Cyanokit | Island | 17.12.2007 |
| EU/1/07/420/001/NO | Cyanokit | Norwegen | 19.12.2007 |
| EU/1/07/421/001/NO-009/NO | Pioglitazon/metformin Takeda | Norwegen | 19.12.2007 |
| EU/1/07/421/001-009 | Pioglitazone/Metformin Hydrochloride Takeda | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/07/422/001-004/IS | Tasigna | Island | 14.12.2007 |
| EU/1/07/424/001 | Torisel | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/07/424/001/IS | Torisel | Island | 10.12.2007 |
| EU/1/07/424/001/NO | Torisel | Norwegen | 3.12.2007 |
| EU/1/07/425/001/NO-018/NO | Eucreas | Norwegen | 5.12.2007 |
| EU/1/07/425/001-018 | Eucreas | Liechtenstein | 31.12.2007 |

| EU-Nummer | Produkt | Staat | Zeitpunkt der Zulassung |
|---------------------------|------------------------------------|---------------|-------------------------|
| EU/1/07/425/001-018/IS | Eucreas | Island | 6.12.2007 |
| EU/1/07/426/001/NO-011/NO | Olanzapine Neopharma | Norwegen | 19.12.2007 |
| EU/1/07/426/001-011/IS | Olanzapine Neopharma | Island | 7.12.2007 |
| EU/1/07/426/001-011 | Olanzapine Neopharma | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/07/433/001 | Nevanac | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/07/433/001/NO | Nevanac | Norwegen | 18.12.2007 |
| EU/1/07/427/001-037 | Olanzapine Teva | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/2/06/067/001-002 | Medicinal Oxygen Air Liquide Santé | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/2/06/070/001-003/IS | Meloxidyl | Island | 17.8.2007 |
| EU/2/07/072/001/NO-002/NO | Suprelorin | Norwegen | 24.10.2007 |
| EU/2/07/072/001-002 | Suprelorin | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/2/07/072/001-002/IS | Suprelorin | Island | 10.8.2007 |
| EU/2/07/074/001/NO-006/NO | Prilactone | Norwegen | 20.12.2007 |
| EU/2/07/074/001-006/IS | Prilactone | Island | 19.7.2007 |
| EU/2/07/075/001/NO-004/NO | Circovac | Norwegen | 20.12.2007 |
| EU/2/07/075/001-004 | Circovac | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/2/07/075/001-004/IS | Circovac | Island | 12.7.2007 |
| EU/2/07/077/001-005 | Meloxivet | Liechtenstein | 31.12.2007 |

ANHANG II

Liste verlängerter Zulassungen

Folgende Zulassungen wurden im Zeitraum **1. Juli bis 31. Dezember 2007** in den dem EWR angehörenden EFTA-Staaten verlängert:

| EU-Nummer | Produkt | Staat | Zeitpunkt der Zulassung |
|---------------------------|----------|---------------|-------------------------|
| EU/1/02/209/001/NO-008/NO | Dynastat | Norwegen | 14.9.2007 |
| EU/1/02/216/001/NO-002/NO | Invanz | Norwegen | 4.7.2007 |
| EU/1/02/218/001/NO-011/NO | Axura | Norwegen | 16.7.2007 |
| EU/1/02/218/001-011/IS | Axura | Island | 11.7.2007 |
| EU/1/02/219/001/NO-015/NO | Ebixa | Norwegen | 11.7.2007 |
| EU/1/02/219/001-015/IS | Ebixa | Island | 6.7.2007 |
| EU/1/02/220/001/NO-005/NO | Tracleer | Norwegen | 13.8.2007 |
| EU/1/02/221/001/NO-010/NO | Pegasys | Norwegen | 18.7.2007 |
| EU/1/02/221/001-010/IS | Pegasys | Island | 13.7.2007 |
| EU/1/02/221/001-010 | Pegasys | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/02/222/001/NO-002/NO | Tamiflu | Norwegen | 31.7.2007 |
| EU/1/02/222/001-002 | Tamiflu | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/02/222/001-004/IS | Tamiflu | Island | 13.7.2007 |
| EU/1/02/223/001/NO-003/NO | Evra | Norwegen | 17.9.2007 |
| EU/1/02/223/001-003 | Evra | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/223/001-003/IS | Evra | Island | 1.10.2007 |
| EU/1/02/224/001/NO-005/NO | Ambirix | Norwegen | 25.9.2007 |
| EU/1/02/224/001-005 | Ambirix | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/224/001-005/IS | Ambirix | Island | 1.10.2007 |
| EU/1/02/225/001/NO-002/NO | Xigris | Norwegen | 27.8.2007 |
| EU/1/02/225/001-002 | Xigris | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/02/225/001-002/IS | Xigris | Island | 16.8.2007 |
| EU/1/02/226/001 | InductOs | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/226/001/IS | InductOs | Island | 17.9.2007 |
| EU/1/02/226/001/NO | InductOs | Norwegen | 10.9.2007 |
| EU/1/02/227/001/NO-003/NO | Neulasta | Norwegen | 27.8.2007 |
| EU/1/02/227/001-003 | Neulasta | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/02/227/001-003/IS | Neulasta | Island | 16.8.2007 |
| EU/1/02/228/001-003/IS | Neupopeg | Island | 15.8.2007 |
| EU/1/02/228/001/NO-003/NO | Neupopeg | Norwegen | 27.8.2007 |
| EU/1/02/228/001-003 | Neupopeg | Liechtenstein | 31.8.2007 |

| EU-Nummer | Produkt | Staat | Zeitpunkt der Zulassung |
|--|-------------|---------------|-------------------------|
| EU/1/02/229/001/NO-037/NO | Actraphane | Norwegen | 9.10.2007 |
| EU/1/02/229/001-037 | Actraphane | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/229/001-037/IS | Actraphane | Island | 15.10.2007 |
| EU/1/02/230/001/NO-017/NO | Actrapid | Norwegen | 9.10.2007 |
| EU/1/02/230/001-017 | Actrapid | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/230/001-017/IS | Actrapid | Island | 15.10.2007 |
| EU/1/02/231/001/NO-037/NO | Mixtard | Norwegen | 9.10.2007 |
| EU/1/02/231/001-037 | Mixtard | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/231/001-037/IS | Mixtard | Island | 16.10.2007 |
| EU/1/02/232/001/NO-003/NO | Velosulin | Norwegen | 9.10.2007 |
| EU/1/02/232/001-003 | Velosulin | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/232/001-003/IS | Velosulin | Island | 15.10.2007 |
| EU/1/02/233/001/NO-017/NO | Insulatard | Norwegen | 9.10.2007 |
| EU/1/02/233/001-017 | Insulatard | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/233/001-017/IS | Insulatard | Island | 16.10.2007 |
| EU/1/02/234/001/NO-017/NO | Protaphane | Norwegen | 9.10.2007 |
| EU/1/02/234/001-017 | Protaphane | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/234/001-017/IS | Protaphane | Island | 15.10.2007 |
| EU/1/02/237/001/NO-008/NO | Cialis | Norwegen | 15.10.2007 |
| EU/1/02/237/001-008 | Cialis | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/237/001-008/IS | Cialis | Island | 15.10.2007 |
| EU/1/02/238/001 | Zavesca | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/238/001/IS | Zavesca | Island | 1.10.2007 |
| EU/1/02/238/001/NO | Zavesca | Norwegen | 17.9.2007 |
| EU/1/02/240/001/NO-004/NO | Somavert | Norwegen | 26.9.2007 |
| EU/1/02/240/001-004 | Somavert | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/240/001-004/IS | Somavert | Island | 19.10.2007 |
| EU/1/97/031/001/NO-003/NO, 019/NO-046/NO | Neorecormon | Norwegen | 17.7.2007 |
| EU/1/97/031/001-003, 019-046 | NeoRecormon | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/97/031/001-013, 019-024, 027-046/IS | NeoRecormon | Island | 11.7.2007 |
| EU/1/97/032/001/NO | LeukoScan | Norwegen | 4.7.2007 |
| EU/1/97/037/001/IS | Vistide | Island | 6.7.2007 |
| EU/1/97/037/001/NO | Vistide | Norwegen | 13.9.2007 |
| EU/1/97/039/001/NO-004/NO | Cystagon | Norwegen | 31.7.2007 |
| EU/1/97/039/001-004 | Cystagon | Liechtenstein | 31.8.2007 |

| EU-Nummer | Produkt | Staat | Zeitpunkt der Zulassung |
|--|--------------------|---------------|-------------------------|
| EU/1/97/039/001-004/IS | Cystagon | Island | 11.7.2007 |
| EU/1/97/040/001/NO-002/NO | Teslascan | Norwegen | 20.8.2007 |
| EU/1/97/043/001/NO-003/NO | Revasc | Norwegen | 16.7.2007 |
| EU/1/97/043/001-003 | Revasc | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/97/043/001-003/IS | Revasc | Island | 11.7.2007 |
| EU/1/97/046/001/NO-039/NO | Aprovel | Norwegen | 19.9.2007 |
| EU/1/97/046/001-033 | Aprovel | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/97/046/001-039/IS | Aprovel | Island | 18.9.2007 |
| EU/1/97/047/001/NO-007/NO | BeneFIX | Norwegen | 11.9.2007 |
| EU/1/97/047/001-007 | Benefix | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/97/047/001-007/IS | BeneFix | Island | 31.8.2007 |
| EU/1/97/049/001/NO-039/NO | Karvea | Norwegen | 20.9.2007 |
| EU/1/97/049/001-033 | Karvea | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/97/049/001-039/IS | Karvea | Island | 17.9.2007 |
| EU/1/97/050/001/NO-006/NO, 009/NO-012/NO | Sifrol | Norwegen | 16.10.2007 |
| EU/1/97/050/001-006, 009-012 | Sifrol | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/97/050/001-006, 009-012/IS | Sifrol | Island | 15.10.2007 |
| EU/1/97/051/001/NO-006/NO, 009/NO-012/NO | Mirapexin | Norwegen | 15.10.2007 |
| EU/1/97/051/001-006, 009-012 | Mirapexin | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/97/051/001-006, 009-012/IS | Mirapexin | Island | 15.10.2007 |
| EU/1/97/053/001/NO-005/NO | Cerezyme | Norwegen | 9.10.2007 |
| EU/1/97/053/001-005 | Cerezyme | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/97/053/001-005/IS | Cerezyme | Island | 15.10.2007 |
| EU/1/97/057/001 | Quadramet | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/2/02/032/001/IS | Vaxxitek HVT + IBD | Island | 10.7.2007 |
| EU/2/02/033/001/IS | Dexdomitor | Island | 17.8.2007 |
| EU/2/02/034/001/IS | Nobivac Bb cat | Island | 19.10.2007 |
| EU/2/02/035/001-007 | SevoFlo | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/2/02/035/001-007/IS | SevoFlo | Island | 6.12.2007 |
| EU/2/033/001 | Dexdomitor | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/2/034/001 | Nobivac Bb | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/2/97/001-009/IS | Quadrisol | Island | 10.12.2007 |
| EU/2/97/004/001, EU/2/97/004/003-028 | Metacam | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/2/97/004/001/NO, 003/NO-030/NO | Metacam | Norwegen | 17.12.2007 |
| EU/2/97/005/001-009 | Quadrisol | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/2/98/010/004-014, 017-018, 021-024/IS | Econor | Island | 8.11.2007 |

ANHANG III

Liste erweiterter Zulassungen

Folgende Zulassungen wurden im Zeitraum **1. Juli bis 31. Dezember 2007** in den dem EWR angehörenden EFTA-Staaten erweitert:

| EU-Nummer | Produkt | Staat | Zeitpunkt der Erweiterung |
|---------------------------|-----------|---------------|---------------------------|
| EU/1/00/151/023-024 | Glustin | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/01/197/003/NO-005/NO | Foscan | Norwegen | 8.11.2007 |
| EU/1/01/197/003-005 | Foscan | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/01/197/003-005/IS | Foscan | Island | 12.11.2007 |
| EU/1/02/222/003/NO-004/NO | Tamiflu | Norwegen | 27.9.2007 |
| EU/1/02/222/003-004 | Tamiflu | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/02/222/003-004/IS | Tamiflu | Island | 15.10.2007 |
| EU/1/02/237/006/NO-008/NO | Cialis | Norwegen | 3.7.2007 |
| EU/1/02/237/006-008 | Cialis | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/03/254/002 | Busilvex | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/03/260/016-018 | Stalevo | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/04/290/002 | Alimta | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/04/290/002/IS | Alimta | Island | 15.11.2007 |
| EU/1/04/296/009 | Cymbalta | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/05/310/006/NO-009/NO | Fosavance | Norwegen | 8.11.2007 |
| EU/1/05/310/006-009 | Fosavance | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/05/310/006-009/IS | Fosavance | Island | 19.10.2007 |
| EU/1/05/325/002 | Macugen | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/06/332/004/NO-006/NO | Omnitrope | Norwegen | 10.9.2007 |
| EU/1/06/332/007/NO-009/NO | Omnitrope | Norwegen | 8.11.2007 |
| EU/1/06/332/007-009 | Omnitrope | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/06/332/007-009/IS | Omnitrope | Island | 17.10.2007 |
| EU/1/06/344/010-011 | Acomplia | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/06/345/010-011 | Zimulti | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/06/347/004-006 | Sutent | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/06/361/002 | Luminity | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/06/364/006/NO-009/NO | Adrovanca | Norwegen | 14.11.2007 |
| EU/1/06/364/006-009 | Adrovanca | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/06/364/006-009/IS | Adrovanca | Island | 19.10.2007 |
| EU/1/06/366/005-016 | Tandemact | Liechtenstein | 31.12.2007 |

| EU-Nummer | Produkt | Staat | Zeitpunkt der Erweiterung |
|---------------------------|-----------|---------------|---------------------------|
| EU/1/95/003/005-006 | Betaferon | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/96/022/023-034 | Zyprexa | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/97/033/004 | Avonex | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/97/046/034-039 | Aprovel | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/97/047/004/NO-007/NO | BeneFIX | Norwegen | 4.9.2007 |
| EU/1/97/047/004-007 | BenFix | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/97/047/007/IS | Benefix | Island | 31.8.2007 |
| EU/1/97/049/034-039 | Karvea | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/98/066/019/NO-026/NO | Exelon | Norwegen | 10.10.2007 |
| EU/1/98/066/019-026 | Exelon | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/98/066/019-026/IS | Exelon | Island | 17.10.2007 |
| EU/1/98/069/007a, 007b | Plavix | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/98/070/007a, 007b | Iscover | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/98/085/029-034 | Karvezide | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/98/086/029-034 | CoAprovel | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/98/092/019/NO-026/NO | Prometax | Norwegen | 10.10.2007 |
| EU/1/98/092/019-026 | Prometax | Liechtenstein | 31.10.2007 |
| EU/1/98/092/019-026/IS | Prometax | Island | 18.10.2007 |
| EU/1/99/108/002-003 | Ferriprox | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/99/108/002/NO-003/NO | Ferriprox | Norwegen | 5.12.2007 |
| EU/1/99/108/002-003/IS | Ferriprox | Island | 10.12.2007 |
| EU/2/039/019-030 | Advocate | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/2/97/004/029-030 | Metacam | Liechtenstein | 31.12.2007 |

ANHANG IV

Liste widerrufenener Zulassungen

Folgende Zulassungen wurden im Zeitraum **1. Juli bis 31. Dezember 2007** in den dem EWR angehörenden EFTA-Staaten widerrufen:

| EU-Nummer | Produkt | Staat | Zeitpunkt des Widerrufs |
|---------------------------|---------|---------------|-------------------------|
| EU/1/01/92/001-005 | Levviax | Liechtenstein | 31.12.2007 |
| EU/1/03/257/001/NO-010/NO | Trudexa | Norwegen | 29.8.2007 |
| EU/1/03/257/001-010 | Trudexa | Liechtenstein | 31.8.2007 |
| EU/1/03/257/001-010/IS | Trudexa | Island | 9.8.2007 |

ANHANG V

Liste ausgesetzter Zulassungen

Folgende Zulassungen wurden im Zeitraum **1. Juli bis 31. Dezember 2007** in den dem EWR angehörenden EFTA-Staaten ausgesetzt:

| EU-Nummer | Produkt | Staat | Zeitpunkt des Aussetzens |
|-----------------------------------|----------|---------------|--------------------------|
| EU/1/97/054/001, 003-005 | Viracept | Liechtenstein | 31.8.2007 (*) |
| EU/1/97/054/001-005/IS | Viracept | Island | 7.8.2007 (**) |
| EU/1/97/054/001/NO, 003/NO-005/NO | Viracept | Norwegen | 27.8.2007 (***) |

(*) Aufhebung der Aussetzung 31.10.2007 — Viracept EU/1/97/054/001, 003-005.

(**) Aufhebung der Aussetzung 14.11.2007 — Viracept EU/1/97/054/001, 004-005/IS.

(***) Aufhebung der Aussetzung 29.10.2007 — Viracept EU/1/97/054/001/NO, 003/NO-005/NO.

V

(Bekanntmachungen)

VERWALTUNGSVERFAHREN

KOMMISSION

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — E-Beteiligung 2008/1

(2008/C 146/04)

1. Ziele und Beschreibung

E-Beteiligung ist eine vorbereitende Maßnahme, die darauf abzielt, die Vorteile der Informations- und Kommunikationstechnologien für bessere Rechtsetzungs- und Entscheidungsprozesse und für eine stärkere Einbeziehung der Öffentlichkeit in diese Prozesse auf allen politischen Entscheidungsebenen zu erschließen.

Auf der Grundlage des Arbeitsprogramms E-Beteiligung 2008 fordert die Kommission interessierte Konsortien dazu auf, Vorschläge einzureichen.

2. Förderfähigkeit der Konsortien

An dieser Aufforderung können sich Rechtspersonen aus den 27 EU-Mitgliedstaaten beteiligen.

An einem Vorschlag müssen mindestens drei voneinander unabhängige Rechtspersonen aus drei unterschiedlichen Mitgliedstaaten beteiligt sein.

3. Bewertung und Auswahl

Die Vorschläge werden von den Kommissionsdienststellen mit Hilfe unabhängiger Sachverständiger bewertet. Die Kriterien für die Bewertung sind im Arbeitsprogramm E-Beteiligung festgelegt. Im Anschluss an die Bewertung wird eine Rangfolge der erfolgreichen Vorschläge nach ihrer Qualität aufgestellt.

Das Verfahren für die Bewertung von Anträgen auf von der Kommission gewährte Finanzhilfen ist in der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften ⁽¹⁾ festgelegt.

4. Unterstützung durch die Gemeinschaft

Der Gemeinschaftsbeitrag darf 75 % der erstattungsfähigen Kosten jedes Partners nicht übersteigen.

Der Gemeinschaftsbeitrag darf nicht zu einem Gewinn für einen Begünstigten führen.

5. Haushaltsmittel für diese Aufforderung

Für diese Aufforderung sind Gesamtmittel in Höhe von 4,7 Mio. EUR vorgesehen.

⁽¹⁾ Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1). Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1525/2007 (ABl. L 343 vom 27.12.2007, S. 9).

6. **Schlusstermin und Adresse für die Einreichung der Vorschläge**

Schlusstermin für den **Eingang** der Vorschläge bei der Kommission ist der **29. August 2008, 17.00 Uhr (Brüsseler Ortszeit)**.

Nach diesem Termin eingehende Vorschläge werden nicht bewertet.

Gehen nacheinander mehrere Fassungen desselben Vorschlags ein, wird die Kommission die letzte fristgemäß eingegangene Fassung bewerten.

Die Vorschläge sind an folgende Anschrift zu senden:

Zu Händen von:

Herrn Thanassis Chrissafis
Europäische Kommission
DG INFSO — H2
BU31, 2/33
B-1049 Brüssel

7. **Zeitplan**

Die Kommission wird die Antragsteller voraussichtlich innerhalb von drei Monaten nach Einreichungsschluss über das Ergebnis der Bewertung und Auswahl unterrichten und gedenkt, die Verhandlungen mit den ausgewählten Antragstellern innerhalb von vier Monaten nach Einreichungsschluss abzuschließen. Die Projektdurchführung beginnt nach Abschluss der Verhandlungen.

8. **Weitere Informationen**

Ausführliche Informationen zur Erstellung und Einreichung von Vorschlägen enthält der Leitfaden für Antragsteller 2008 für das Programm E-Beteiligung. Diese Unterlage und das Arbeitsprogramm 2008 sowie sonstige Informationen zu dieser Aufforderung und dem Bewertungsverfahren finden Sie unter folgender Internetadresse:

<http://ec.europa.eu/eparticipation>

Bei sämtlichem Schriftverkehr zu dieser Aufforderung ist die Kennnummer „**E-Beteiligung 2008/1**“ anzugeben.

Alle eingegangenen Vorschläge werden streng vertraulich behandelt.

Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen — ENT/ERA/08/311 — Erasmus: junge Unternehmer

(2008/C 146/05)

1. Ziele und Beschreibung

Gegenstand dieses Aufrufs sind Finanzhilfen für Projekte, die Unternehmensgründern aus der EU — im Interesse des Erfahrungsaustauschs und der Vernetzung — Aufenthalte im Betrieb eines erfahrenen Unternehmers in einem anderen EU-Mitgliedstaat ermöglichen. Auf diese Weise sollen die unternehmerische Initiative, die Internationalisierung und die Wettbewerbsfähigkeit von neu gegründeten Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmen sowie potentiellen neuen Unternehmensgründern aus der EU gefördert werden. Die Zielgruppe sind Menschen, die ein Unternehmen gründen möchten, und — in geringerem Umfang — Menschen, die vor kurzem ein Unternehmen gegründet haben.

Der Aufruf besteht aus zwei Losen:

Los 1: Europäische Partnerschaften zur Förderung der Mobilität von Unternehmensgründern.

Los 2: Koordinierung, Unterstützung und Vernetzung auf europäischer Ebene im Zusammenhang mit den Aktivitäten von Los 1.

2. Wer kann eine Finanzhilfe erhalten?

Dieser Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen richtet sich an alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, die auf dem Gebiet der Förderung der unternehmerischen Initiative oder der grenzüberschreitenden Vermittlung von Praktika tätig sind, insbesondere:

- Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und ähnliche Einrichtungen,
- Organisationen zur Unternehmensförderung und Gründerzentren,
- Wirtschaftsverbände und Unterstützungsnetze für Unternehmen,
- öffentliche Stellen, die Unternehmen Unterstützung anbieten,
- (öffentliche, private, sektorale u. a.) Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung, die auf dem Gebiet der Unternehmensförderung tätig sind,
- Einrichtungen, die Praktika vermitteln.

Die Antragsteller müssen ihren Sitz in einem EU-Mitgliedstaat haben.

3. Mittelausstattung und Projektlaufzeit

Für die Mitfinanzierung von Projekten stehen insgesamt 2 850 000 EUR zur Verfügung. Für die Finanzhilfe der Kommission gilt eine Obergrenze von 90 % der gesamten förderfähigen Kosten.

Los 1: Für die einzelnen Finanzhilfen gilt eine Obergrenze von 140 000 EUR. Die maximale Projektlaufzeit beträgt 18 Monate.

Los 2: Für die einzelnen Finanzhilfen gilt eine Obergrenze von 200 000 EUR. Die maximale Projektlaufzeit beträgt 22 Monate.

Die Projekte von Los 1 und 2 müssen vor dem 31. Dezember 2008 anlaufen.

4. Fristen

Die Anträge sind bei der Kommission bis spätestens 20. August 2008 einzureichen.

5. Weitere Informationen

Der vollständige Text des Aufrufs zur Einreichung von Vorschlägen und die Antragsformulare sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/enterprise/funding/index.htm>

Die Anträge müssen den Vorgaben im vollständigen Text entsprechen und auf dem hierfür vorgesehenen Antragsformular eingereicht werden.

VERFAHREN ZUR DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK

KOMMISSION

Bekanntmachung über die Einleitung einer teilweisen Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren bestimmter Magnesia-Steine mit Ursprung in der Volksrepublik China

(2008/C 146/06)

Der Kommission liegt ein Antrag auf eine teilweise Interimsüberprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern („Grundverordnung“) vor ⁽¹⁾.

1. Überprüfungsantrag

Der Antrag wurde von dem in der Volksrepublik China ansässigen Ausführer Bayuquan Refractories Company Limited („Antragsteller“) eingereicht.

Er beschränkt sich auf die Untersuchung der Frage, inwieweit die Ausfuhren des Antragstellers gedummt sind.

2. Ware

Die Überprüfung betrifft chemisch gebundene, ungebrannte Magnesia-Steine, deren Magnesia-Komponente einen MgO-Gehalt von mindestens 80 % aufweist, auch mit Magnesit, mit Ursprung in der Volksrepublik China („betroffene Ware“), die derzeit unter den KN-Codes ex 6815 91 00, ex 6815 99 10 und ex 6815 99 90 eingereiht werden. Die KN-Codes werden nur informationshalber angegeben.

3. Geltende Maßnahmen

Bei den derzeit geltenden Maßnahmen handelt es sich um einen endgültigen Antidumpingzoll, der mit der Verordnung (EG) Nr. 1659/2005 des Rates ⁽²⁾ auf Einfuhren von Magnesia-Steinen mit Ursprung in der Volksrepublik China eingeführt wurde.

4. Gründe für die Überprüfung

Der Antrag auf eine Interimsüberprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung stützt sich auf vom Antragsteller übermittelte Anscheinsbeweise, denen zufolge sich die Umstände, auf deren Grundlage die Maßnahmen eingeführt wurden, dauerhaft verändert haben.

Der Antragsteller legte Anscheinsbeweise dafür vor, dass die Aufrechterhaltung der Maßnahme in ihrer jetzigen Höhe zum

Ausgleich des Dumpings nicht länger erforderlich ist. Insbesondere legte er Anscheinsbeweise dafür vor, dass er die Kriterien für eine Marktwirtschaftsbehandlung erfüllt. Außerdem ergab ein Vergleich der Inlandspreise und der Produktionskosten sowie der Ausführpreise in die Gemeinschaft eine Dumpingspanne, die deutlich niedriger als der geltende Zoll wäre.

5. Verfahren zur Dumpingermittlung

Die Kommission kam nach Anhörung des Beratenden Ausschusses zu dem Schluss, dass die vorliegenden Beweise die Einleitung einer teilweisen Interimsüberprüfung rechtfertigen; deshalb leitet sie gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung eine Überprüfung ein, um herauszufinden, ob das Unternehmen im Sinne des Artikels 2 Absatz 7 Buchstabe c der Grundverordnung unter marktwirtschaftlichen Bedingungen tätig ist, und, wenn dem so ist, um die individuelle Dumpingspanne des Unternehmens bezogen auf seine eigenen Kosten/Inlandspreise zu ermitteln. Sollte Dumping festgestellt werden, gilt es ferner, die Höhe des Zolls festzulegen, der auf die Einfuhren der betroffenen Ware in die Gemeinschaft erhoben werden sollte.

Die Untersuchung soll zeigen, ob die für den Antragsteller geltenden Maßnahmen aufrechterhalten, aufgehoben oder geändert werden müssen.

Sollte die Untersuchung ergeben, dass die Maßnahmen für den Antragsteller aufgehoben oder geändert werden sollten, so müsste eventuell der geltende Zollsatz für Einfuhren der betroffenen Ware von nicht in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1659/2005 genannten Unternehmen in die Gemeinschaft geändert werden.

a) Fragebogen

Die Kommission wird dem Antragsteller und den Behörden des betroffenen Ausfuhrlandes Fragebogen übermitteln, um die für die Untersuchung benötigten Informationen einzuholen. Diese Informationen und die entsprechenden Nachweise müssen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a Ziffer i gesetzten Frist bei der Kommission eingehen.

⁽¹⁾ ABL L 56 vom 6.3.1996, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2117/2005 (ABL L 340 vom 23.12.2005, S. 17).

⁽²⁾ ABL L 267 vom 12.10.2005, S. 1.

b) *Einholung von Informationen und Anhörungen*

Alle interessierten Parteien werden aufgefordert, ihren Standpunkt unter Vorlage sachdienlicher Beweise darzulegen und gegebenenfalls auch Informationen zu übermitteln, die über den Fragebogen hinausgehen. Diese Informationen und die entsprechenden Nachweise müssen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a Ziffer i gesetzten Frist bei der Kommission eingehen.

Die Kommission kann die interessierten Parteien außerdem hören, sofern die Parteien dies beantragen und nachweisen, dass besondere Gründe für ihre Anhörung sprechen. Entsprechende Anträge sind innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b Ziffer ii gesetzten Frist zu stellen.

c) *Marktwirtschaftsbehandlung*

Legt das Unternehmen ausreichende Beweise dafür vor, dass es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen tätig ist, d. h. die Kriterien des Artikels 2 Absatz 7 Buchstabe c der Grundverordnung erfüllt, wird der Normalwert gemäß Artikel 2 Absatz 7 Buchstabe b der Grundverordnung ermittelt. Zu diesem Zweck muss der Antragsteller innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b gesetzten besonderen Frist einen ordnungsgemäß begründeten Antrag stellen. Die Kommission wird dem Unternehmen und den Behörden der Volksrepublik China entsprechende Antragsformulare zusenden.

Selbst wenn dem Unternehmen die Marktwirtschaftsbehandlung gewährt wird, kann sich die Kommission erforderlichenfalls auf Feststellungen hinsichtlich des in einem geeigneten Marktwirtschaftsland ermittelten Normalwertes stützen, beispielsweise wenn Angaben zu Kosten oder Preisen in der Volksrepublik China, die zur Ermittlung des Normalwertes benötigt werden, unzuverlässig sind und in der Volksrepublik China keine zuverlässigen Daten zur Verfügung stehen. Die Kommission erwägt, für diesen Zweck ebenfalls Daten für die Vereinigten Staaten von Amerika zugrunde zu legen.

6. Fristena) *Allgemeine Fristen*

- Kontaktaufnahme sowie Übermittlung der beantworteten Fragebogen und sonstiger Informationen

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen alle interessierten Parteien innerhalb von 40 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* mit der Kommission Kontakt aufnehmen, ihren Standpunkt schriftlich darlegen sowie die beantworteten Fragebogen und sonstige Informationen übermitteln, wenn diese Angaben bei der Untersuchung berücksichtigt werden sollen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Wahrnehmung der meisten in der Grundverordnung verankerten Verfahrensrechte voraussetzt, dass sich die betreffende Partei innerhalb der vorgenannten Frist selbst meldet.

- Anhörungen

Innerhalb derselben Frist von 40 Tagen können die interessierten Parteien auch einen Antrag auf Anhörung durch die Kommission stellen.

b) *Besondere Frist für die Anträge auf Marktwirtschaftsbehandlung*

Der unter Nummer 5 Buchstabe c genannte ordnungsgemäß begründete Antrag auf Marktwirtschaftsbehandlung muss innerhalb von 21 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* bei der Kommission eingehen.

7. Schriftliche Stellungnahmen, Fragebogenantworten und Schriftwechsel

Alle Stellungnahmen und Anträge interessierter Parteien sind schriftlich einzureichen (jedoch nicht in elektronischer Form, es sei denn, dies wäre ausdrücklich zugelassen); sie müssen Name, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefon- und Faxnummer der interessierten Partei enthalten. Alle Schriftstücke, einschließlich der in dieser Bekanntmachung angeforderten Informationen, Fragebogenantworten und Schreiben, die die interessierten Parteien auf vertraulicher Basis übermitteln, müssen den Vermerk „Zur eingeschränkten Verwendung“⁽¹⁾ tragen und gemäß Artikel 19 Absatz 2 der Grundverordnung zusammen mit einer nicht vertraulichen Zusammenfassung übermittelt werden, die den Vermerk „ZUR EINSICHTNAHME DURCH INTERESSIERTE PARTEIEN“ trägt.

Anschrift der Kommission:

Europäische Kommission
Generaldirektion Handel
Direktion H
Büro J-79 4/23
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 295 65 05

8. Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit

Wenn interessierte Parteien den Zugang zu den benötigten Informationen verweigern oder sie nicht fristgerecht übermitteln oder die Untersuchung erheblich behindern, können gemäß Artikel 18 der Grundverordnung positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden.

Wird festgestellt, dass eine interessierte Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so bleiben diese Informationen unberücksichtigt; in diesem Fall können gemäß Artikel 18 der Grundverordnung die verfügbaren Informationen zugrunde gelegt werden. Arbeitet eine interessierte Partei nicht oder nur zum Teil mit und werden deshalb die verfügbaren Informationen zugrunde gelegt, so kann dies zu einem Ergebnis führen, das für diese Partei weniger günstig ist, als wenn sie mitgearbeitet hätte.

⁽¹⁾ Unterlagen mit diesem Vermerk sind nur für den internen Gebrauch bestimmt. Sie sind gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) geschützt und werden gemäß Artikel 19 der Grundverordnung und Artikel 6 des WTO-Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (Anti-dumping-Übereinkommen) vertraulich behandelt.

9. Zeitplan für die Untersuchung

Gemäß Artikel 6 Absatz 9 der Grundverordnung ist die Untersuchung innerhalb von 15 Monaten nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* abzuschließen.

10. Verarbeitung personenbezogener Daten

Alle im Rahmen der Untersuchung erhobenen personenbezogenen Daten werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr verarbeitet ⁽¹⁾.

11. Anhörungsbeauftragter

Wenn interessierte Parteien Schwierigkeiten bei der Wahrnehmung ihrer Rechte auf Interessenverteidigung haben, können sie sich an den Anhörungsbeauftragten der Generaldirektion Handel wenden. Er fungiert als Schnittstelle zwischen den interessierten Parteien und den Kommissionsdienststellen und bietet, falls erforderlich, die Vermittlung in verfahrenstechnischen Fragen an, die den Schutz ihrer Interessen in diesem Verfahren berühren, insbesondere im Zusammenhang mit der Akteneinsicht, der Vertraulichkeit, der Verlängerung von Fristen und der Behandlung schriftlicher und/oder mündlicher Stellungnahmen. Weitere Informationen einschließlich der Kontaktdaten enthalten die Internet-Seiten des Anhörungsbeauftragten der Generaldirektion Handel (<http://ec.europa.eu/trade>).

⁽¹⁾ ABl. L 8 vom 12.1.2001, S. 1.

Bekanntmachung über die Einleitung einer teilweisen Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren bestimmter Magnesia-Steine mit Ursprung in der Volksrepublik China

(2008/C 146/07)

Der Kommission liegt ein Antrag auf eine teilweise Interimsüberprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern („Grundverordnung“) vor ⁽¹⁾.

1. Überprüfungsantrag

Der Antrag wurde von dem in der Volksrepublik China ansässigen Ausführer Dashiqiao Sanqiang Refractory Materials Co. Limited („Antragsteller“) eingereicht.

Er beschränkt sich auf die Untersuchung der Frage, inwieweit die Ausfuhren des Antragstellers gedummt sind.

2. Ware

Die Überprüfung betrifft chemisch gebundene, ungebrannte Magnesia-Steine, deren Magnesia-Komponente einen MgO-Gehalt von mindestens 80 % aufweist, auch mit Magnesit, mit Ursprung in der Volksrepublik China („betroffene Ware“), die derzeit unter den KN-Codes ex 6815 91 00, ex 6815 99 10 und ex 6815 99 90 eingereiht werden. Die KN-Codes werden nur informationshalber angegeben.

3. Geltende Maßnahmen

Bei den derzeit geltenden Maßnahmen handelt es sich um einen endgültigen Antidumpingzoll, der mit der Verordnung (EG) Nr. 1659/2005 des Rates ⁽²⁾ auf Einfuhren von Magnesia-Steinen mit Ursprung in der Volksrepublik China eingeführt wurde.

4. Gründe für die Überprüfung

Der Antrag auf eine Interimsüberprüfung gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung stützt sich auf vom Antragsteller übermittelte Anscheinsbeweise, denen zufolge sich die Umstände, auf deren Grundlage die Maßnahmen eingeführt wurden, dauerhaft verändert haben.

Der Antragsteller legte Anscheinsbeweise dafür vor, dass die Aufrechterhaltung der Maßnahme in ihrer jetzigen Höhe zum Ausgleich des Dumpings nicht länger erforderlich ist. Insbesondere legte er Anscheinsbeweise dafür vor, dass er die Kriterien für eine Marktwirtschaftsbehandlung erfüllt. Außerdem ergab ein Vergleich der Inlandspreise und der Produktionskosten sowie

der Ausführpreise in die Gemeinschaft eine Dumpingspanne, die deutlich niedriger als der geltende Zoll wäre.

5. Verfahren zur Dumpingermittlung

Die Kommission kam nach Anhörung des Beratenden Ausschusses zu dem Schluss, dass die vorliegenden Beweise die Einleitung einer teilweisen Interimsüberprüfung rechtfertigen; deshalb leitet sie gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung eine Überprüfung ein, um herauszufinden, ob das Unternehmen im Sinne des Artikels 2 Absatz 7 Buchstabe c der Grundverordnung unter marktwirtschaftlichen Bedingungen tätig ist, und, wenn dem so ist, um die individuelle Dumpingspanne des Unternehmens bezogen auf seine eigenen Kosten/Inlandspreise zu ermitteln. Sollte Dumping festgestellt werden, gilt es ferner, die Höhe des Zolls festzulegen, der auf die Einfuhren der betroffenen Ware in die Gemeinschaft erhoben werden sollte.

Die Untersuchung soll zeigen, ob die für den Antragsteller geltenden Maßnahmen aufrechterhalten, aufgehoben oder geändert werden müssen.

Sollte die Untersuchung ergeben, dass die Maßnahmen für den Antragsteller aufgehoben oder geändert werden sollten, so müsste eventuell der geltende Zollsatz für Einfuhren der betroffenen Ware von nicht in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1659/2005 genannten Unternehmen in die Gemeinschaft geändert werden.

a) Fragebogen

Die Kommission wird dem Antragsteller und den Behörden des betroffenen Ausfuhrlandes Fragebogen übermitteln, um die für die Untersuchung benötigten Informationen einzuholen. Diese Informationen und die entsprechenden Nachweise müssen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a Ziffer i gesetzten Frist bei der Kommission eingehen.

b) Einholung von Informationen und Anhörungen

Alle interessierten Parteien werden aufgefordert, ihren Standpunkt unter Vorlage sachdienlicher Beweise darzulegen und gegebenenfalls auch Informationen zu übermitteln, die über den Fragebogen hinausgehen. Diese Informationen und die entsprechenden Nachweise müssen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a Ziffer i gesetzten Frist bei der Kommission eingehen.

⁽¹⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2117/2005 (AbL. L 340 vom 23.12.2005, S. 17).

⁽²⁾ ABl. L 267 vom 12.10.2005, S. 1.

Die Kommission kann die interessierten Parteien außerdem hören, sofern die Parteien dies beantragen und nachweisen, dass besondere Gründe für ihre Anhörung sprechen. Entsprechende Anträge sind innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b Ziffer ii gesetzten Frist zu stellen.

c) Marktwirtschaftsbehandlung

Legt das Unternehmen ausreichende Beweise dafür vor, dass es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen tätig ist, d. h. die Kriterien des Artikels 2 Absatz 7 Buchstabe c der Grundverordnung erfüllt, wird der Normalwert gemäß Artikel 2 Absatz 7 Buchstabe b der Grundverordnung ermittelt. Zu diesem Zweck muss der Antragsteller innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b gesetzten besonderen Frist einen ordnungsgemäß begründeten Antrag stellen. Die Kommission wird dem Unternehmen und den Behörden der Volksrepublik China entsprechende Antragsformulare zusenden.

Selbst wenn dem Unternehmen die Marktwirtschaftsbehandlung gewährt wird, kann sich die Kommission erforderlichenfalls auf Feststellungen hinsichtlich des in einem geeigneten Marktwirtschaftsland ermittelten Normalwertes stützen, beispielsweise wenn Angaben zu Kosten oder Preisen in der Volksrepublik China, die zur Ermittlung des Normalwertes benötigt werden, unzuverlässig sind und in der Volksrepublik China keine zuverlässigen Daten zur Verfügung stehen. Die Kommission erwägt, für diesen Zweck ebenfalls Daten für die Vereinigten Staaten von Amerika zugrunde zu legen.

6. Fristen

a) Allgemeine Fristen

- Kontaktaufnahme sowie Übermittlung der beantworteten Fragebogen und sonstiger Informationen

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen alle interessierten Parteien innerhalb von 40 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* mit der Kommission Kontakt aufnehmen, ihren Standpunkt schriftlich darlegen sowie die beantworteten Fragebogen und sonstige Informationen übermitteln, wenn diese Angaben bei der Untersuchung berücksichtigt werden sollen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Wahrnehmung der meisten in der Grundverordnung verankerten Verfahrensrechte voraussetzt, dass sich die betreffende Partei innerhalb der vorgenannten Frist selbst meldet.

- Anhörungen

Innerhalb derselben Frist von 40 Tagen können die interessierten Parteien auch einen Antrag auf Anhörung durch die Kommission stellen.

b) Besondere Frist für die Anträge auf Marktwirtschaftsbehandlung

Der unter Nummer 5 Buchstabe c genannte ordnungsgemäß begründete Antrag auf Marktwirtschaftsbehandlung muss innerhalb von 21 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* bei der Kommission eingehen.

7. Schriftliche Stellungnahmen, Fragebogenantworten und Schriftwechsel

Alle Stellungnahmen und Anträge interessierter Parteien sind schriftlich einzureichen (jedoch nicht in elektronischer Form, es sei denn, dies wäre ausdrücklich zugelassen); sie müssen Name, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefon- und Faxnummer der interessierten Partei enthalten. Alle Schriftstücke, einschließlich der in dieser Bekanntmachung angeforderten Informationen, Fragebogenantworten und Schreiben, die die interessierten Parteien auf vertraulicher Basis übermitteln, müssen den Vermerk „Zur eingeschränkten Verwendung“⁽¹⁾ tragen und gemäß Artikel 19 Absatz 2 der Grundverordnung zusammen mit einer nicht vertraulichen Zusammenfassung übermittelt werden, die den Vermerk „ZUR EINSICHTNAHME DURCH INTERESSIERTE PARTEIEN“ trägt.

Anschrift der Kommission:

Europäische Kommission
Generaldirektion Handel
Direktion H
Büro J-79 4/23
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 295 65 05

8. Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit

Wenn interessierte Parteien den Zugang zu den benötigten Informationen verweigern oder sie nicht fristgerecht übermitteln oder die Untersuchung erheblich behindern, können gemäß Artikel 18 der Grundverordnung positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden.

Wird festgestellt, dass eine interessierte Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so bleiben diese Informationen unberücksichtigt; in diesem Fall können gemäß Artikel 18 der Grundverordnung die verfügbaren Informationen zugrunde gelegt werden. Arbeitet eine interessierte Partei nicht oder nur zum Teil mit und werden deshalb die verfügbaren Informationen zugrunde gelegt, so kann dies zu einem Ergebnis führen, das für diese Partei weniger günstig ist, als wenn sie mitgearbeitet hätte.

⁽¹⁾ Unterlagen mit diesem Vermerk sind nur für den internen Gebrauch bestimmt. Sie sind gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABL L 145 vom 31.5.2001, S. 43) geschützt und werden gemäß Artikel 19 der Grundverordnung und Artikel 6 des WTO-Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (Anti-dumping-Übereinkommen) vertraulich behandelt.

9. Zeitplan für die Untersuchung

Gemäß Artikel 6 Absatz 9 der Grundverordnung ist die Untersuchung innerhalb von 15 Monaten nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* abzuschließen.

10. Verarbeitung personenbezogener Daten

Alle im Rahmen der Untersuchung erhobenen personenbezogenen Daten werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr verarbeitet ⁽¹⁾.

11. Anhörungsbeauftragter

Wenn interessierte Parteien Schwierigkeiten bei der Wahrnehmung ihrer Rechte auf Interessenverteidigung haben, können sie sich an den Anhörungsbeauftragten der Generaldirektion Handel wenden. Er fungiert als Schnittstelle zwischen den interessierten Parteien und den Kommissionsdienststellen und bietet, falls erforderlich, die Vermittlung in verfahrenstechnischen Fragen an, die den Schutz ihrer Interessen in diesem Verfahren berühren, insbesondere im Zusammenhang mit der Akteneinsicht, der Vertraulichkeit, der Verlängerung von Fristen und der Behandlung schriftlicher und/oder mündlicher Stellungnahmen. Weitere Informationen einschließlich der Kontaktdaten enthalten die Internet-Seiten des Anhörungsbeauftragten der Generaldirektion Handel (<http://ec.europa.eu/trade>).

⁽¹⁾ ABl. L 8 vom 12.1.2001, S. 1.

Bekanntmachung des bevorstehenden Außerkrafttretens bestimmter Antidumpingmaßnahmen

(2008/C 146/08)

1. Die Kommission gibt bekannt, dass die unten genannten Antidumpingmaßnahmen, sofern keine Überprüfung nach dem folgenden Verfahren eingeleitet wird, zu dem in nachstehender Tabelle angegebenen Zeitpunkt außer Kraft treten werden, und zwar gemäß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 2074/2004 des Rates vom 29. November 2004 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Ringbuchmechaniken mit Ursprung in der Volksrepublik China ⁽¹⁾.

2. Verfahren

Die Gemeinschaftshersteller können einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung stellen. Dieser Antrag muss genügend Beweise dafür enthalten, dass das Dumping und die Schädigung im Falle des Außerkrafttretens der Maßnahmen wahrscheinlich anhalten oder erneut auftreten würden.

Sollte die Kommission eine Überprüfung der betreffenden Maßnahmen beschließen, erhalten die Einführer, die Ausführer, die Vertreter des Ausfuhrlandes und die Gemeinschaftshersteller Gelegenheit, die im Überprüfungsantrag dargelegten Sachverhalte zu ergänzen, zu widerlegen oder zu erläutern.

3. Frist

Die Gemeinschaftshersteller können nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung auf der vorgenannten Grundlage einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung stellen, der der Europäischen Kommission (Generaldirektion Handel, Referat H-1, J-79 4/23, B-1049 Brüssel ⁽²⁾) spätestens drei Monate vor dem in nachstehender Tabelle angegebenen Zeitpunkt vorliegen muss.

4. Diese Bekanntmachung wird gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates ⁽³⁾ veröffentlicht.

| Ware | Ursprungs- oder Ausfuhrland/ -länder | Maßnahmen | Referenz | Zeitpunkt des Außerkrafttretens |
|--------------------|--------------------------------------|-----------------|---|---------------------------------|
| Ringbuchmechaniken | Volksrepublik China | Antidumpingzoll | Verordnung (EG) Nr. 2074/2004 des Rates (ABl. L 359 vom 4.12.2004, S. 11), ausgeweitet auf aus Vietnam versandte Einfuhren durch die Verordnung (EG) Nr. 1208/2004 des Rates (ABl. L 232 vom 1.7.2004, S. 1) und ausgeweitet auf aus der Demokratischen Volksrepublik Laos versandte Einfuhren durch die Verordnung (EG) Nr. 33/2006 des Rates (ABl. L 7 vom 12.1.2006, S. 1) | 5.12.2008 |

⁽¹⁾ ABl. L 359 vom 4.12.2004, S. 11.

⁽²⁾ Fax (32-2) 295 65 05.

⁽³⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2117/2005 (ABl. L 340 vom 23.12.2005, S. 17).

VERFAHREN ZUR DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

KOMMISSION

Bekanntmachung gemäß Artikel 27 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates in den Sachen COMP/B-1/39.388 — Deutscher Stromgroßhandelsmarkt und COMP/B-1/39.389 — Deutscher Regelenenergiemarkt

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2008/C 146/09)

1. EINLEITUNG

1. Beabsichtigt die Kommission, eine Entscheidung zur Abstellung einer Zuwiderhandlung zu erlassen, und bieten die beteiligten Unternehmen an, Verpflichtungen einzugehen, die geeignet sind, die ihnen von der Kommission nach ihrer vorläufigen Beurteilung mitgeteilten Bedenken auszuräumen, so kann die Kommission gemäß Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln⁽¹⁾ diese Verpflichtungszusagen im Wege einer Entscheidung für bindend für die Unternehmen erklären. Eine solche Entscheidung kann befristet sein und muss besagen, dass für ein Tätigwerden der Kommission kein Anlass mehr besteht. Gemäß Artikel 27 Absatz 4 der genannten Verordnung veröffentlicht die Kommission eine kurze Zusammenfassung des Falls und den wesentlichen Inhalt der betreffenden Verpflichtungszusagen. Interessierte Dritte können ihre Bemerkungen hierzu binnen einer Frist abgeben, die von der Kommission festgelegt wird.

2. ZUSAMMENFASSUNG

2. Am 7. Mai 2008 nahm die Kommission eine vorläufige Beurteilung der mutmaßlichen Zuwiderhandlungen der E.ON AG, Düsseldorf, und ihrer Tochtergesellschaften („E.ON“) auf dem deutschen Stromgroßhandels- und Regelenenergiemarkt an. Dabei handelt es sich um eine vorläufige Beurteilung im Sinne von Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003.
3. Die vorläufige Beurteilung gelangte zu dem Schluss, dass E.ON gemeinsam mit RWE und Vattenfall eine beherrschende Stellung auf dem deutschen Stromgroßhandelsmarkt innehat. Vor diesem Hintergrund wurden Bedenken geäußert, E.ON habe möglicherweise seine marktbeherrschende Stellung im Sinne von Artikel 82 des EG-Vertrags missbräuchlich ausgenutzt, indem es zum einen verfügbare Kapazitäten (d. h. die Produktion verfügbarer und rentabler Kraftwerke) zurückgehalten habe, um einen Anstieg der Strompreise zum Nachteil der Verbraucher zu bewirken, und indem es zum anderen Dritte von Neuinvestitionen in die Stromerzeugung abgeschreckt habe.
4. Gemäß der vorläufigen Beurteilung hat E.ON als Nachfragemonopolist auf dem Markt für Sekundärregelenergie im E.ON-Netzgebiet eine beherrschende Stellung, da der Übertragungsnetzbetreiber dort ein Nachfragemonopol hat. In diesem Zusammenhang wurden Bedenken geäußert, E.ON habe möglicherweise seine marktbeherrschende Stellung im Netzgebiet missbraucht, indem es erstens seine eigenen Kosten erhöht habe, um seine Stromerzeugungstochter zu begünstigen und die Kosten auf den Endverbraucher abzuwälzen, und indem es zweitens Stromerzeuger aus anderen Mitgliedstaaten daran gehindert habe, Regelenenergie auf den E.ON-Regelenenergiemärkten zu verkaufen.

3. WESENTLICHER INHALT DER ANGEBOTENEN VERPFLICHTUNGEN

5. Die Beteiligten stimmen mit der vorläufigen Beurteilung der Kommission nicht überein. Dennoch haben sie im Einklang mit Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 Verpflichtungen angeboten, um die Wettbewerbsbedenken der Kommission auszuräumen. Die wesentlichen Elemente der Verpflichtungszusagen lauten wie folgt:

⁽¹⁾ ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1.

6. E.ON wird die folgenden Erzeugungskapazitäten in Deutschland veräußern:
 - E.ON wird seine gesamten Beteiligungen an den Laufwasserkraftwerken ÖKB/Inn (182,5 MW), Weser (42 MW), Inn (Nußdorf, Eggfing, Ering; insgesamt 102,2 MW) und Jansen (Trausnitz, Tanzmühle; insgesamt 5,1 MW) veräußern,
 - E.ON wird Bezugsrechte für Energie aus den Kernkraftwerken Gundremmingen B, C (643 MW), Krümmel (673 MW) und Unterweser (184 MW) gewähren, die für deren gesamte verbleibende Lebensdauer sowie etwaige Erweiterungen dieser Kraftwerke gelten sollen,
 - E.ON wird seine sämtlichen Beteiligungen am Braunkohlekraftwerk Lippendorf (445 MW) veräußern,
 - E.ON wird ein Bezugsrecht für 159 MW aus dem Braunkohlekraftwerk Buschhaus (einschließlich eines entsprechenden Rechts auf eine Beteiligung an etwaigen Neubauten) für die gesamte verbleibende Lebensdauer des Kraftwerks gewähren,
 - E.ON wird seine gesamten Beteiligungen an folgenden Steinkohlekraftwerken veräußern: Rostock (256 MW), Zolling (449 MW), Farge (350 MW), Mehrum (345 MW), Veltheim 2/3 (265,3 MW) und Bexbach (59,3 MW),
 - E.ON wird seine sämtlichen Beteiligungen am Gaskraftwerk Lippendorf (491 MW) veräußern,
 - E.ON wird seine sämtlichen Beteiligungen an den Pumpspeicherkraftwerken Erzhausen (220 MW) und Jansen (Kainzmühlsperrre, Reisachhochspeicher; insgesamt 127 MW) veräußern.
7. E.ON wird ferner Teile seiner Netzsparte veräußern. Dabei handelt es sich um sein Höchstspannungsnetz (380/220 kV), den Netzbetrieb im E.ON-Gebiet und damit zusammenhängende Aktivitäten.
8. Der vollständige Wortlaut der Verpflichtungszusagen ist auf der Website der Generaldirektion Wettbewerb in englischer Sprache veröffentlicht:
http://ec.europa.eu/comm/competition/index_en.html

4. AUFFORDERUNG ZUR STELLUNGNAHME

9. Die Kommission beabsichtigt, vorbehaltlich einer Marktprüfung eine Entscheidung gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 zu erlassen, mit der die oben zusammengefassten und auf der Website der Generaldirektion Wettbewerb veröffentlichten Verpflichtungszusagen für bindend erklärt werden.
10. Gemäß Artikel 27 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 fordert die Kommission interessierte Dritte auf, zu den vorgeschlagenen Verpflichtungen Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens einen Monat nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung eingehen. Die interessierten Dritten werden auch aufgefordert, eine nichtvertrauliche Fassung ihrer Stellungnahme vorzulegen, in der Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Passagen gestrichen und gegebenenfalls durch eine nichtvertrauliche Zusammenfassung oder durch die Wörter „Geschäftsgeheimnis“ oder „vertraulich“ ersetzt sind. Begründete Anträge auf vertrauliche Behandlung werden berücksichtigt.
11. Die Stellungnahmen können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens COMP/B-1/39.388 — Deutscher Stromgroßhandelsmarkt und COMP/B-1/39.389 — Deutscher Regelenergiemarkt per E-Mail (COMP-GREFFE-ANTITRUST@ec.europa.eu), per Fax ((32-2) 295 01 28) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Antitrust
B-1049 Brüssel

BERICHTIGUNGEN**Berichtigung der Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

(Amtsblatt der Europäischen Union C 143 vom 10. Juni 2008)

(2008/C 146/10)

Im Inhalt und auf Seite 7 wird der Titel betreffend Beihilfe E 8/06 wie folgt geändert:

- anstatt:* „Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden“
- muss es heißen:* „Staatliche Beihilfen — Entscheidungen, zweckdienliche Maßnahmen gemäß Artikel 88 Absatz 1 des EG-Vertrags mit Einverständnis des betroffenen Mitgliedstaats vorzuschlagen“.
-

HINWEIS

Am 12. Juni 2008 wird im *Amtsblatt der Europäischen Union* C 146 A der „Gemeinsame Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten — 5. Ergänzung zur 26. Gesamtausgabe“ erscheinen.

Die Abonnenten des *Amtsblatts* erhalten unentgeltlich die der Zahl und der/den Sprachfassung(en) ihrer Abonnements entsprechenden Exemplare. Sie werden gebeten, den unten stehenden Bestellschein ordnungsgemäß ausgefüllt und mit ihrer „Matrikelnummer“ (dem Code, der links auf jedem Etikett erscheint und mit O/... beginnt) versehen zurückzusenden. Die kostenlose Bereitstellung des *Amtsblatts* wird während eines Jahres ab dem jeweiligen Erscheinungsdatum gewährleistet.

Nichtabonnenten können dieses *Amtsblatt* kostenpflichtig bei einem unserer Vertriebsbüros beziehen (http://publications.europa.eu/others/agents/index_de.htm).

Das *Amtsblatt* kann ebenso wie sämtliche anderen *Amtsblätter* (L, C, C A, C E) kostenlos über die Internet-Site <http://eur-lex.europa.eu> abgefragt werden.

BESTELLSCHEIN

**Amt für amtliche Veröffentlichungen
der Europäischen Gemeinschaften**

Abonentendienst
2, rue Mercier
L-2985 Luxembourg
Fax (352) 29 29-42752

Meine Matrikelnummer lautet: O/.....

Bitte schicken Sie mir ... kostenlose(s) Exemplar(e) des **Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften C 146 A/2008**, zu dessen/deren Bezug ich durch mein(e) Abonnement(s) berechtigt bin.

Name:

Anschrift:

Datum: Unterschrift: